

Deutschlands und Europas Weg
in ein neues Tal der Tränen
oder
zu einem gemeinsamen
Jahrtausendhoch der Entwicklung

Der Bundestag nach der Wahl 2017
Die Gefahr geht von der politischen Mitte aus!

Denkschrift für die Abgeordneten des 19. Deutschen Bundestages

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Begonnen am 27. September 2017,
beendet am 3. Oktober, am Tag der Deutschen Einheit

Text 150

Text 150.1:

Mein Umgang mit Kritik und Ergänzungen zum Haupttext 150 vom 3. 10. 2017
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/150.1.Deutschlands.und.Europas.Weg.Kritik.und.mehr.pdf>

Text 150.2:

Thesen zu unserer politischen und ökonomischen Lage als Kernaussagen von Text 150 und 150.1
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/150.2.Thesen.zum.Weg.Deutschlands.und.Europa.pdf>

(Korrekturen für die Seiten 26 bis 46 nachträglich eingegeben. 16.10.2017.)

Inhaltsübersicht

| | Seite |
|---|--------------|
| 1. Fragen und klare Botschaften | |
| 1.1 Die Ausgangslage | 3 |
| 1.2. Die Empathie mit den Gewinnern und Verlierern des Wahlkampfes | 3 |
| 1.3 Hass lässt sich nicht mit Hass überwinden | 3 |
| 1.4 Extreme Positionen sind die Extremitäten des politischen Körpers | 3 |
| 1.5 Wahlverweigerung aus Respekt vor dem hohen Gut Demokratie | 4 |
| 1.6 Die Suche nach dem Betrügerischen in der Politik | |
| 2. "Deutsche wollen nach Jamaika" | |
| 2.1 "57 Prozent wünschen sich ein Bündnis aus Union, FDP und Grünen | 4 |
| 2.2 Vom "Zwang" zum Jamaika-Bündnis | 5 |
| 2.3 Über das Gemeinsame und Trennende von CDU/CSU, FDP und die Grünen | 5 |
| 3. Zu den Ursachen unserer Krise | |
| 3.1 Die Ursachen unserer Krise liegen tiefer als das Flüchtlingsproblem | 7 |
| 3.2 Zu Frau Angela Merkel als Bundeskanzlerin | 9 |
| 3.3 Ist die Revision unseres Geschichtsbildes ein Übel? | 9 |
| 3.4 Die Demokratie wurde den Deutschen übergestülpt | 11 |
| 3.5 Die verpasste Fehlerkorrektur | 12 |
| 3.6 Direkte Demokratie | 13 |
| 3.7 Weitere Stichworte | 15 |
| 3.7.1 ...Zitat eines jüdisch deutschen Gelehrten | 16 |
| 3.7.2 ... Haltung der Deutschen zum Militär | 17 |
| 3.7.3 ... objektive und zugewiesen Schuld der Deutschen | 18 |
| 3.7.4 Versuche, Menschen aus dem Gesetzgebungsorganen fern zu halten | 19 |
| 3.7.5 Staatsräson in der Demokratie | 19 |
| 4. Die Werbung für eine bessere oder andere Verfassung | |
| 4.1 Die Herrschaft der Toten oder der Lebenden | 24 |
| 4.2 Die verpassten Chancen im Vereinigungsprozess | 25 |
| 4.3 Dringende Verfassungsfindung durch das Volk | 26 |
| 4.4 Dringender Klärungsbedarf von a) bis j) | 27 |
| 5. Noch einmal zum Schicksal der Flüchtlinge, das unser Problem ist | |
| 5.1 Aus dem Text 139 vom August 2015 "Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik" | 29 |
| 5.2 Überlegungen von heute | 30 |
| 5.3 Meine Orientierungspunkte | 31 |
| 6. Entwicklung von IT (Digitalisierung) und Bildung | 34 |
| 7. Soziale Sicherung / Die Arbeit muss frei sein | 36 |
| 8. Kirche / Religion und Staatsverständnis | 36 |
| 9. Euro und Europa | 39 |
| 10. Brexit und AfD | 41 |
| Das Schlusswort | 44 |
| Nachschrift 1: Anmerkung zum Film "Willkommen bei den Honeckers" | 45 |
| Nachschrift 2: Links zum Themenkreis Natürliche Wirtschaftsordnung / Soziale Marktwirtschaft, Veranstaltungs- und Buchhinweishinweis | 45 |

1. Fragen und klare Botschaften

1.1 Die Ausgangslage

Wer vor und nach der Wahl die Berichterstattung über die Bundestagswahl 2017 und die Diskussionen dazu auch nur ein wenig verfolgt hat und sich seines eigenen begrenzten Durchblicks und geistigen Horizonts bewusst ist, fragt sich doch: „Kann ich dazu noch irgendetwas Sinnvolles sagen, das über das hundertfach Gesagte hinausführt?“ Das Schweigen scheint in dieser Situation das Klügste zu sein. Ich würde davon gerne Gebrauch machen, wenn das Schweigen nicht auch das Versteck der eigenen Feigheit wäre.

1.2 Die Empathie mit den Gewinnern und Verlierern des Wahlkampfes

Ich kann mit den weiblichen und männlichen Abgeordneten – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – mitempfinden, die wieder oder erstmals ein Mandat für den Bundestag bekommen haben. Ihre Aufgabe wird nicht leicht sein und die Anforderungen und Zumutungen vielfach. Ich denke dabei auch an die enttäuschten Bewerberinnen und Bewerber, die im Wahlkampf den Kürzeren gezogen haben. Das ist eine Aussage zur Empathie mit dem einzelnen Wahlkämpfer unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit und nicht zu der Frage wie fair und effektiv im Hinblick auf eine wirklich repräsentative Besetzung der Parlamente unser Selektionssystem ist.

1.3 Hass lässt sich nicht mit Hass überwinden

Wenn ich meinen Selektionsfilter für Informationen über die AfD richtig eingestellt hatte, dann wurde und wird die AfD mit viel Hass bedacht, weil diese selber zu Hassäußerungen neigt. Der Hass, der leider in der Politik zu Hause ist, wird in gekränkten emotionalen Schichten menschlicher Existenz geboren. Der Hass der „guten“ Bundestagsmitglieder ist also nicht besser als der Hass der „schlechten“ -mitglieder.

1.4 Extreme Positionen sind die Extremitäten des politischen Körpers

Linke und rechte politische Positionen sind, unabhängig von ihren inhaltlichen Definitionen, in der Demokratie unvermeidbar. Wer verhindern will, dass sie sich in den Parlamenten repräsentieren können, stellt die repräsentative Demokratie als solche in Frage.

Die jeweilige Stärke der extremen Flügel der Politik wird von der Qualität der Politik der politischen Mitte gesteuert. Wenn diese anstatt durch Qualität die extremen Positionen durch Verbote und Ausschlüsse klein halten will, missbraucht sie ihr Mandat. Die Sprache der Ver-

treter extremer Inhalte hängt auf Dauer auch davon ab, wie sie von den Gemäßigten angesprochen werden.

1.5 Wahlverweigerung aus Respekt vor dem hohen Gut Demokratie

Ich selber habe mich nicht an der Wahl beteiligt, obwohl ich schon seit 1967 parteipolitisch aktiv bin. Ich halte den Bundestag derzeit für eine demokratiefeindlich und verfassungsfeindliche Institution und die Wahl ihrer Mitglieder deshalb als eine solche Veranstaltung. Das löst bei mir aber keinen Hass aus auf die, die das bewirkt haben, sondern ein Bedauern und die Trauer darüber, dass die große Zahl der Deutschen das wiederholt so hinnimmt. Die Demokratie ist noch nicht wirklich in Deutschland angekommen. Der Hinweis, dass es in anderen Ländern nicht besser ist, ist kein wirklicher Trost.

1.6 Die Suche nach dem Betrügerischen in der Politik

Heute (27. 9. 2017) bringt die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) unter Kultur und Leben einen Artikel mit der Schlagzeile: „Wie man das Spiel spielt“. Dort heißt es:

Warum betrügen Unternehmen? Warum gibt es Korruption? Mit diesen Fragen befasst sich ein Symposium der Volkswagenstiftung.

Wäre es nicht angebracht, auch den Fragen nachzugehen: „Warum betrügen Parteien?“ „Warum gibt es Korruption in der Politik und wie äußert sich diese?“ Ich gehe davon aus, dass es den Menschen – abgesehen von solchen mit einer krankhaften Verformung des Charakters – keine Freude bereitet, Grenzen des Rechts zu überschreiten. Wenn das trotzdem massenhaft geschieht, liegen hier gesellschaftliche System- oder Gestaltungsfehler vor. Für beide Erscheinungen ist das Haupt-Parlament unserer Republik verantwortlich, das offensichtlich seine Qualität an der Zahl der Gesetze misst, die es beschließt. Ein Irrtum, den schon von Laotse in ferner Zeit und fernem Ort behandelt hat und in unserem Kulturkreis Johann Heinrich Pestalozzi.¹

2. „Deutsche wollen nach Jamaika“ (HAZ vom 27. 9. 2017. Titelseite)

2. 1 „57 Prozent wünschen sich ein Bündnis aus Union, FDP und Grünen.“

... Ein Selbstläufer sei das Modell aber nicht, betonen Vertreter aller Parteien. Mit Blick auf die Unterschiede zwischen CSU und Grünen nannte der frühere CSU-Chef Edmund Stoiber die Gespräche „schwierig wie nie“, der Grüne Robert Habeck, als Umweltminister in Schleswig-Holstein selbst Mitglied einer Jamaika-Koalition, umschrieb die Voraussetzungen für ein sol-

¹ Der wird nicht der Einzige gewesen sein.

ches Bündnis auf Bundesebene als „die denkbar schwierigsten. ...

2.2 Vom „Zwang“ zum Jamaika-Bündnis

Der "Zwang" zum Jamaika-Bündnis ist entstanden durch die Weigerung der SPD, sich an einer Regierung zu beteiligen. Diese Verweigerung der SPD ist nicht nur durch das Wahlergebnis gerechtfertigt, sondern dadurch, dass sie ihr Modell erfolgreich auf alle Parteien übertragen hat (auch indirekt auf Die Linke) und das ist ein fragwürdiger Erfolg. Das liegt aber nicht an dem Charakter der Mitglieder der SPD, sondern an dem Gesellschaftsmodell, das die SPD vertritt und anstrebt. Sie sieht sich in der Rolle des Gutsverwalters, die dem Gesinde das Nötige zuteilt und abverlangt. Die Rolle des Gutsherrn und die Rentabilität des Gutes haben sie dabei zwar in Frage gestellt, aber nie in ihrer langen Geschichte geschafft, ein theoretisches Instrumentarium zu entwickeln, um die Rollenfixierung des Gesindes und ihre Abgabepflicht an den Gutsherrn (das Kapital) aufzulösen. Wenn ich nicht nach vielen Jahren der Parteiarbeit zu dem Schluss gekommen wäre, dass wir die Parteien durch etwas anderes ersetzen müssen, um die Demokratie zu retten, dann würde ich sagen: „Die SPD muss sich neu erfinden, wenn sie nicht untergehen will.“

2.3. Über das Gemeinsame und Trennende von CDU/CSU, FDP und die Grünen

Ob das Trennende zwischen CDU/CSU, FDP und Grüne so groß ist, wie gesagt wird, bezweifle ich. Wenn man von den ökonomischen Alternativmodellen a) Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW) ² ausgeht und b) der Marktwirtschaft - die eben kein Synonym für Kapitalismus ist, sondern ein dezentrales System des Leistungsaustausches - , dann marschieren alle Parteien bei uns auf die ZVW zu. Die Parteimitglieder und die Abgeordneten in den Parlamenten können sich die Politik doch gar nicht mehr als Rahmensetzung für ein Handeln in einer Gesellschaft der Freien vorstellen, sondern nur noch als eine unendliche Kette von Interventionen, die im jeweiligen Heute die Fehler (oder Fehlentscheidungen anderer Mehrheiten) im jeweiligen Gestern beheben soll. Es ist für mich nicht ersichtlich, ob dabei die Fixierung des Bürgers auf die Rolle des Unmündigen und Abhängigen gewollt wurde bzw. wird oder dies ein übersehenes Nebenprodukt des Interventionismus ist. Im gewissen Sinne sind die möglichen Koalitionäre Vertreter einer Politik, die mit dem alten linken Begriff Stomokap benannt werden kann.³

Aber in den möglichen Koalitionsparteien gibt es auch Spuren, die in eine andere Richtung

² Die ZVW ist nicht an einer bestimmten Ideologie gebunden.

³ <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/staatsmonopolkapitalismus.html>

weisen nämlich zurück auf die Zeit nach dem Neubeginn unserer Republik nach dem Zweiten Weltkrieg verweisen. Es ist die Zeit, wo der Begriff Soziale Marktwirtschaft für die Hoffnung auf eine neue und bessere Zeit stand. Die Idee wurde von den Christ- und Freidemokraten aus Unverstand oder weil man doch lieber den Kapitalismus wollte, verraten, bevor sie ausformuliert werden konnte. Von den Sozialdemokraten konnte das Modell aufgrund ihrer Marxismus-Orientierung nicht verstanden werden und wurde daher bekämpft. Wir hatten damals schon eine große Koalition der Unwilligen. Ich vermute nicht, dass hier Böswilligkeit am Werk war, sondern andere Vorstellungen von der Wirtschaft in den Köpfen der Akteure, die ein Erkennen der Bedingungen und Wirkungen des Modells *Soziale Marktwirtschaft* blockierten. Selbst die Ordoliberalen (die Neoliberalen erster Prägung) hatten Schwierigkeiten mit der Einsicht, dass ihre Ziele nur mit einer Geld- und Bodenreform erreichbar waren. Und so kam es, dass die Idee *Soziale Marktwirtschaft* sich in der Wirklichkeit zu *des Kaisers neuen Kleider* wandelte. So wie in der DDR der Begriff *Sozialismus* zu einem Propagandainstrument der politischen Herrschaft wurde, so geschah es mit dem Begriff *Soziale Marktwirtschaft* in der BRD. Das kollektive Sozialversicherungssystem ändert nichts an der Ausbeutung der Arbeit. Dabei ist zu beachten, dass die Unternehmertätigkeit zur Arbeit gehört.

Ich sehe aber in der gescheiterten Startidee der BRD, die zwar ökonomisch formuliert war, aber mehr als ein ökonomisches Programm werden sollte, ein großes Potential für Deutschland und Europa und auch die Möglichkeit, dass die CDU/CSU, die FDP und die Bündnis-Grünen einen gemeinsamen Nenner für eine Koalition finden können.⁴ Ich habe das, was das Gemeinsame sein könnte zum 1. Programmkongress der grünen Partei im März 1980 in Saarbrücken unter dem Titel „Der Dritte Weg“⁵ / Die natürliche Wirtschaftsordnung“ formuliert. Das ist nachzulesen unter:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Wie ich mich vor der Gründung der grünen Partei in der F.D.P. für eine wahre Marktwirtschaft engagiert habe, ist unter nachfolgenden Links zu lesen:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf> und unter

- 4 Georg Otto, der politische Akteur, der durch die Gründung der Liste Umweltschutz in Niedersachsen, die Gründungswelle der regionalen grünen Listen ausgelöst dadurch die Gründung der GRÜNEN angeschoben hat, hat seine Hoffnung auf ein Bündnis von Rot-Rot-Grün gesetzt und hält die CDU/CSU und die FDP für zu sehr kapitalistisch geprägt. https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto
- 5 Ein Wort, das nach meinem Kenntnissen der Ordoliberalen Wilhelm Röpke geprägt hat, dem Sinn nach aber schon eine ältere Suche nach einer Wirtschaft jenseits von Kapitalismus und Kollektivismus ist. Dabei darf der Dritte Weg aber nicht als eine selbständige Wirtschaftsform verstanden werden. In meinen Darlegungen ist der Begriff als die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu verstehen.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.4%20FDP%20OB%20zum%20PP%20Sept.%201971.pdf>

Dr. Ernst Winkler †, Gründungsmitglied der **Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft**, die in der Tagung des Freiwirtschaftsbundes im November 1952 entstand, schrieb mir am 11. April 1980:

... für Ihr Typoskript „Der Dritte Weg (NWO) bin ich sehr dankbar. Zu diesem Entwurf darf ich Ihnen meinen Glückwunsch und meine Hochachtung aussprechen. Sie haben nicht nur die Freiwirtschaftslehre in korrekter und gut verständlicher Weise dargestellt, sondern darüber hinaus ganz im Geist der Freiwirtschaft eine Erweiterung zu einem, für heute erforderlichen Programm geschaffen. ...⁶

3. Zu den Ursachen unserer Krise

3.1 Die Ursachen unserer Krise liegen tiefer als das Flüchtlingsproblem

Sö ähnlich habe ich es von Robert Habeck (Grüne), Umweltminister in Schleswig-Holstein mit einer Jamaika-Koalition, mehrmals gehört. Und Habeck hat recht. Aber fangen wir mit dem Flüchtlingsproblem an. Ich füge hier einen Ausschnitt aus einem Brief ein, den ich kürzlich an ein Mitglied der Grünen geschrieben habe:

... Auch in der Flüchtlingspolitik sind die Grünen unglaublich. Sowohl die ökonomischen wie militärischen Ursachen der heutigen Wanderungsbewegungen waren in der Gründungszeit sichtbar. Freiwirtschaftliche (oder sozial-liberale) Lösungsansätze wurden nach der Ausbreitung von marxistischem Denken von ihren Trägern verbal niedergeknüppelt.⁷ Aber das kann man immerhin noch als bedingt durch den Meinungsbildungsprozess - der bei der Gruppenbildung, wie sie der Aufbau einer Partei ist - ansehen. Aber zu dem Zeitpunkt, als Grenzen für die Massen von Menschen, die berechtigt auch ein bisschen Frieden oder etwas vom Wohlstand abhaben wollten, aufgemacht wurden, hätten die Strategen der grünen Partei wissen müssen, dass diese „Willkommenspolitik“ genauso oder schlimmer wirken würden wie die Zwangseinweisungen in die Wohnhäuser von Westdeutschen mit Flüchtlingen aus dem ehemaligen deutschen Osten nach dem Zweiten Weltkrieg. Und das lief - unter besseren sprachlichen und religiösen Voraussetzungen - gar nicht so glatt, wie das heute hingestellt wird. Der Vergleich hinkt nicht, denn das, was bei uns als Sozialstaat bezeichnet wird, hat seine Basis darin, dass dem arbeitenden Menschen der halbe Lohn abgenommen

⁶ Im Heft 273/4/ 2006 der *Fragen der Freiheit* mit dem Haupttitel *Ordoliberalismus und Freiwirtschaft* wurde die Denkschrift von Winkler für Otto Lautenbach *Freiheit oder? Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“* erneut veröffentlicht. (www.sffo.de)

⁷ Das ist nicht als eine persönliche Herabsetzung oder Anfeindung dieser Gründungsgruppe, die erst zum Zuge kam, als die Grünen im Hinblick auf die zu überwindende 5%-Hürde sich für die K-Gruppen öffnete. Ich gehörte zu den Befürwortern. Jeder Mensch kann letztlich nur auf der Grundlage des eigenen Verständnisses von Wirklichkeit und Notwendigkeit politisch agieren, es sei denn, sein Charakter ist so, dass er seine Überzeugungen verkaufen kann – verkaufen im Sinne von verraten gegen einen persönlichen Vorteil. Zur Demokratie gehört, dass jeder Mensch für seine Ideen werben darf. Die Kritik muss den Konsequenzen aus der Anwendung einer Idee gelten und der Art der Durchsetzung auf dem Weg zur allgemeinen Anerkennung.

oder zwangsverwaltet wird. Er hat dadurch seine ökonomische Gestaltungsfreiheit (auch für echte solidarische Maßnahmen) um 50% eingebüßt. Aber sein Nettoeinkommen wird zusätzlich durch die Zinslast geschmälert, die in den Preisen, die er für Güter bezahlt, eingerechnet sind und durchschnittlich 30 bis 40% an Zinsen ausmachen. Bei der Saldierung von Soll- Habenzinsen (von Zinsen die man erhält und die man bezahlt) sind nur 10 % der Wirtschaftsteilnehmer die Gewinner. Beschäftigungspolitisch hat das folgende Wirkung: Der Zins transportiert Nachfrage von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf. (Dieter Suhr, <http://www.dieter-suhr.info/de/>) Die Folge ist die Tendenz zur Unterbeschäftigung. Damit ist aber noch kein gutes Wort zur Politik der Europäischen Zentralbank gefallen. Diese gefährdet direkt die Stabilität der Kaufkraft des Geldes, des zweitwichtigsten Kommunikationsmittels und offenbart die Schwäche in unserem Bodenrecht, die die Nichteigentümer mit steigenden Mieten bezahlen müssen.⁸ Das Geld in den Kassen ohne Bedarf stürzt sich – außer in die Wertpapierspekulation - auf den Boden mit der Folge der Preissteigerungen, die ihren Niederschlag in den Mieten finden, die dann mit viel Bürokratie für die als Bedürftige erklärte Bürger wieder herunter subventioniert werden müssen.

Unter diesen Umständen wirkt die Teilhabe von Massen von Menschen an die Nutzung des Sozialsystems ohne Vorleistung auf die Menschen, die sich seit Jahrzehnten oder ein ganzes Arbeitsleben dafür krumm machen mussten, wie eine Enteignung. Die AfD wurde also von den Parteien gefüttert, die sich demokratisch nennen – aber vergessen haben, dass sie selber das Grundgesetz und die Demokratie im Einigungsprozess der beiden deutschen Republiken verraten haben. Wir können von Glück reden, dass die Fehlleistungen der heutigen Demokraten noch nicht so groß sind, als jene in der Zeit der Weimarer Republik. Nicht nur unsere Parteien müssen sich neu sortieren um den Wohlstand und den Frieden in Deutschland zu verallgemeinern, sondern die ganze westliche Wertegemeinschaft. Offene Grenzen kann man auf Dauer nur dann haben, wenn die Welt ins ökonomische Gleichgewicht kommt und die sozialen Sicherungssysteme - die immer aus dem Arbeitseinkommen finanziert werden müssen – privatrechtlich organisiert werden, die nur Berechtigten einen Zugriff ermöglichen. Solidarität ist keine staatliche Leistung, sondern eine freiwillige des Individuums auch wenn sie in der Form der Gruppenleistung erbracht wird. Aus- und Einwanderungen sind an sich für Gesellschaften etwas Positives, weil sie den Gesellschaften Impulse geben und gegen ihre Erstarrung wirken. Aber beide Bewegungen können zur Gefahr werden, wenn sie sich zu stark ausprägen und die Institutionen, die Sprache, die Normen und die Gewohnheiten zu stark verändern. Das Bedürfnis unter sich, seines gleichen zu sein, im Vertrauten zu leben ist kein Nationalismus, sondern in allen Gesellschaften und ihren Gruppen zu beobachten. Das Werben für die gewohnte Identität der eigenen Gesellschaft ist genauso berechtigt wie die totale Öffnung. Wenn man Fremdenhass und Bürgerkriege vermeiden will, dann muss man dem

8 Und das, was der Bürger unter den gegebenen Umständen durch die Niedrigzins erspart, wird ihm durch die Bodenrente und andere ökonomischen Renten genommen. Die Presse berichtet aber immer noch, dass der Sparer durch den Niedrigzins enteignet wird. Die Aufklärung ist auch durch die Parteien mangelhaft. Siehe „Spekulation verteuert Wohnungsbau“ in der HAZ vom 21. 9. 2017, Seite 5.

Finden des richtigen Maßes für das Offen- und Geschlossensein einer Gesellschaft die nötige Zeit geben. Und natürlich muss man – um den Druck auf die eigenen Grenzen zu mindern – die Chancen für das Wohlsein der Anklopfenden in ihrem Herkunftsland – soweit wie möglich – erhöhen. Und das kann nicht mit der Entwicklungshilfe im bisherigen Sinne und auch nicht mit ein paar Unternehmensansiedlungen durch die Europäer erreicht werden. Um hier wirklich Hilfe zu leisten, müssen die Deutschen, die Europäer erst einmal die Systemfehler in ihrer Ökonomie überwinden, die ihnen selber Schwierigkeiten – und darüber hinaus den Entwicklungsländern die Probleme bereiten, die sie aus ihrem Lande treiben. ...

3.2 Zu Frau Angela Merkel als Bundeskanzlerin

Unsere Noch-Bundeskanzlerin und vermutlich neue Kanzlerin, Angela Merkel, deren Energie ich schätze und um deren Fähigkeiten ich sie beneide, stehen zwar die Richtlinienkompetenz der Politik zu, dass bedeutet aber nicht, dass sie ohne Zustimmung des Parlamentes die Republik - wie im Fall der Öffnung der Grenzen - schuldrechtlich verpflichten und die Gesellschaft durch den Zuzug von Massen von Menschen verändern darf. Sie sagt, dass sie im Entscheidungsnotstand gehandelt hat. Wenn es wirklich so war, dass sie nicht lange vorher voraussehen konnte, was da auf uns zukam, dann sollten wir unsere Nachrichtendienste auflösen. Wenn sie wirklich im Entscheidungsnotstand gehandelt hat und wirklich eine Demokratin wäre, dann wäre sie hinterher von ihrem Amt zurückgetreten. Ich fürchte – bei vorhandener Sympathie für diese Frau – , dass doch ihre politische Sozialisation in der DDR hier nachwirkt. Ich kann mich täuschen, aber ich habe nicht nur bei ihr den Eindruck, dass aus der BRD eine bessere DDR gemacht werden soll. Und das Leitbild für Europa scheint dasselbe zu sein.

3.3 Ist die Revision unseres Geschichtsbildes ein Übel?

Wenn auch nicht immer die Sieger die Geschichtsschreibung diktieren, so beeinflussen sie diese doch so, dass sie ihren Interessen dienen. Deutschland war zweimal in einem Weltkrieg verwickelt und war zweimal der Verlierer und wurde zweimal als der Alleinschuldige hingestellt. Hinweise auf Fakten, die dagegen sprechen, wurden besonders von Linken - die einst die Aufklärer waren – als Revisionismus gebrandmarkt. Dabei sollte jeder Verlierer als Person oder Volk⁹ das eigene Urteil mit dem Fremdurteil vergleichen, um zu einer realistischen Einschätzung zu kommen. Man muss dabei gar nicht die Verbrechen, die auf deutscher Seite geschehen sind, verharmlosen, um zu dem Schluss zu kommen, dass die beiden Weltkriege ein Gemeinschaftswerk der westlichen Welt waren und dass die Wirkkräfte nicht so sehr das

9 Volk hier als Synonym für Gesellschaft verstanden.

Säbelrasseln und völkische Spinnereien waren, als vielmehr die ökonomischen Fehlkonstruktionen, die zum Kapitalismus führen, der sich dann immer wieder in Katastrophen entladen muss, um wieder bei Null starten zu können. Der schweizerische Autor Fritz Schwarz benennt in seinem Buch „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker (1945) einen Abschnitt wie folgt: „Der Krieg von 1914 bis 1918 begann 1874“. Zölle und Geldprobleme haben die Situation aufgebaut, die 1914 zum Krieg führten. Sowohl die Wirtschaftswissenschaft wie auch die Politik waren vor und nach diesem Krieg nicht in der Lage, die Erkenntnisse, die zu diesem Komplex vorlagen, aufzugreifen, zu prüfen und anzuwenden. Gerhard Ziemer hat in seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ (1971) aufgezeigt, wie das der Weimarer Republik das Genick gebrochen hat.¹⁰ Der grüne Politiker Cem Özdemir habe ich nach der Wahl ein paar Mal von der SPD, der Wahlverliererin, als von der großen und stolzen Partei (oder so ähnlich) sprechen hören. Und er hat insofern recht, weil in dieser Partei unendlich viel Arbeit und Idealismus von Bürgern mehrerer Generationen eingebracht wurden. Richtig ist aber auch, dass die SPD ihre Opferrolle im Naziregime durch ihre ökonomische Befangenheit aktiv vorbereitet hat und nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem gleichen Grund nicht verhindern konnte, dass die CDU/CSU und die FDP die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft zum nackten Kapitalismus umformen konnte. Vor allem konnte die SPD nicht einsehen, dass das Modell der kollektiven sozialen Sicherung nichts an den negativen Eigenschaften des Kapitalismus ändert, sondern nur zu einem Sozialbürokratismus führt, der keine Erlösung der Arbeit vom Kapitalismus ist.¹¹ Da, wo die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Forderung nach einem besseren Bodenrecht wirklich fortschrittlich war, hat sie ihre Position aufgegeben, weil ihr dieses Vorhaben auf dem Weg zu mehr Macht in unserer Republik im Wege stand. Dabei hätte die SPD sich hier auf Konrad Adenauer stützen können, der einst sagte:

... Ich betrachte diese f a l s c h e Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden. ... (Damaschke, Die Bodenreform, S. 476)

Von Winston Churchill ist u. a. überliefert:

Das Bodenmonopol ist nicht nur ein Monopol, sondern das weitaus größte aller Monopole. Es ist ein ewiges Monopol, und es ist die Mutter aller anderen Arten von Monopole. ... („Vergessener Faktor Boden“, von Martin Pfanschmidt, 1990, S. 104)

¹⁰ Auszüge dazu findet man unter www.tristan-abromeit.de. Autorennamen in die Suchfunktion eingeben.

¹¹ So etwas darf man nicht schreiben, wenn man eine politische Karriere anstrebt.

Aber nicht nur die SPD hat die Probleme, die im Bodenrechtsbereich liegen und im Geldsektor zur Lösung anstehen, sondern die Mitglieder aller Parteien, die in den Parlamenten angeblich (oder auch glaubend) die Interessen des Volkes vertreten. Gestützt wird diese Haltung durch die Ministerien Wissenschaft, Finanzen, Wirtschaft, Bauen, Soziales und Wohnen. Möglich ist das, weil deren Mitarbeiter eine wissenschaftliche Ausbildung hinter sich haben, die mindestens genauso ideologiebeladen ist wie jene, die den DDR-Funktionären einst verabreicht wurde. Ich halte das nicht für den Ausdruck eines bösen Willens oder Planes, sondern eine Folge des menschlichen Irrs, das um so größer in seine Wirkung wird, je konformer die geistige Schulung wird.¹² Ich schließe daraus, dass unser Bildungssystem falsch programmiert - oder besser gesagt - falsch konstituiert ist.

3.4 Die Demokratie wurde den Deutschen übergestülpt

Negativ hat auch gewirkt, dass den Deutschen sowohl nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg ein sich demokratisch nennendes Regierungssystem übergestülpt, aufoktroziert wurde. Eine übergroße Mehrheit war jeweils ausgeschlossen von der geistigen Aneignung der Grundlagen der Demokratie und von dem Verständnis, was denn der neue Staat für sie sein sollte, ebenso von der Formung des Bildungssystems und den Strukturen.¹³ Die Deutschen waren nach wie vor Bewohner, denen gesagt wurde, was sie zu tun haben, also keine Bürger, die selber bestimmen, was ihnen gut tut. Und diejenigen, die ins Amt kamen, waren keine Vertrauten der Bürger. Und die Mitglieder des *Parlamentarischen Rates* hatten die Besatzung – die damals noch nicht die Befreier waren – im Nacken sitzen. Die Mehrheit der Deutschen hat auch nach dem Ersten Weltkrieg sich nicht nur eigene geistige Anstrengung von der Rolle des Untertanen des Kaisers lösen können und nach dem Zweiten Weltkrieg verschwand ja nicht automatisch die Haltung „Führer befiehlt, wir folgen dir!“ Ich denke, dass der Erfolg Konrad Adenauers nach dem Krieg darauf beruht, dass viele Bürger in ihm ihren neuen Führer sahen.

Nicht nur die verhinderte (oder ausgebliebene) Eigenleistung zur Aneignung der Demokratie machte eine vertiefte emotionale Verankerung des Demokratiedenkens unmöglich, sondern auch die Fehlleistungen im ökonomischen Bereich der jeweils amtierenden Berufsdemokraten sowohl in der ersten wie in der zweiten Demokratie. Nach dem Ersten Weltkrieg

¹² Eigentlich darf so nur ein Nobelpreisträger urteilen und nicht einer, der nicht zu Amt und Würden gekommen ist.

¹³ Und der Lastenausgleich zwischen jenen Deutschen, die im Zweiten Weltkrieg alles verloren hatten und jenen, die einiges oder alles behalten hatten, war auch eine Mogelpackung.

brachte die Wirtschaft – nicht gottgewollt, sondern durch politische Blindheit verursacht – und nach dem Start der Demokratie mit der Verfassung vom August 1949 den Menschen viel Elend. Und nach dem Start mit dem Grundgesetz vom Mai 1949 wurden die Ungerechtigkeiten, die lange durch den wirtschaftlichen Aufbruch kaschiert. Bei der Vergangenheitsbewältigung ist man immer erst bei Hitler angefangen und nicht bei den Fehlleistungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges und den größeren Fehlleistungen der deutschen Demokraten, die erst Hitler möglich gemacht haben. Die Demokratie hat in den meisten Augen der Menschen aber keinen Selbstwert, sondern die Zustimmung zu ihr hängt auch davon ab, ob sie Besseres leistet als andere Systeme.

3.5 Die verpasste Fehlerkorrektur

Spätestens im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Republiken hätten die Fehler der Vergangenheit durch eine ausgiebige, gut strukturierte und offene Verfassungsdiskussion und eine Verfassungsfindung ausgeglichen werden müssen. Aber nicht nur Helmut Kohl sah die Gefahr, dass ihm bei einem korrekten demokratischen Verfahren die politischen Felle wegswimmen könnten und darum setzen sich die Volksvertreter selbst in die Rolle des Volkes. Auch die FDP – in der ich in den 70er Jahren Mitglied war und die Partei DIE GRÜNEN, die ich mitgegründet habe, fügten sich in diese Rolle ohne großen Widerstand ein – auch in Niedersachsen, wo sie sich bald erneut um Mandate für den Landtag bewerben, obwohl sie im strengen Sinn auch keine Demokraten sind, denn auch die Niedersächsische Verfassung hat keine demokratische Legitimation.

Ich streite gar nicht ab, dass in der Findung einer neuen Verfassung durch das Volk nach der Vereinigung von DDR und BRD ein Risiko lag. Es hätte gut sein können, dass da etwas herausgekommen wäre, was mir persönlich auch nicht geschmeckt hätte. Aber wenn wir eine Demokratie wirklich wollen, dann ist eine Verfassung, die nach dem demokratischen Grundverständnis darüber, dass alle Herrschaft im Staat vom Volke ausgeht, zustande kommt, aber inhaltlich hinter dem Grundgesetz zurückfällt, besser als ein Grundgesetz, dem im Bewusstsein der Autoren die volle Legitimität fehlt und daher mit einem Verfallsdatum ausgestattet wurde. Wenn ich mich recht erinnere, haben sich die Sozialdemokraten geweigert, das Verfallsdatum in Artikel 146 aus dem Grundgesetz herauszunehmen. Ich werte das als ihr „schlechtes“ Gewissen gegenüber ihrem verfassungsrechtlichen Verhalten im Vereinigungsprozess. Die Verhinderung der Verfassungsfindung und der Verabschiedung durch das Volk

durch die sich als demokratisch verstehenden Parteien im Bundestag ist ein Verrat des Grundgesetzes und ein antidemokratischer Supergau. Demokratie sollte der Lohn der Deutschen dafür sein, dass sie die Alleinschuld an dem ganzen Elend und die Verbrechen, die im Zweiten Weltkrieg geschahen, akzeptierten, obwohl das eine Zumutung war. Gewährt wurde ihnen von den eigenen neuen „Führern“ aber nur eine Stellvertreterdemokratie.

Ich habe in einem meiner Texte davon berichtet, wie kurz nach dem Krieg in meinem Heimatdorf Barßel ¹⁴ ein Angetrunkener durch die Straßen lief und immer wiederholte: „Wir sind betrogen worden! Wir sind betrogen worden“ Ich weiß nicht, ob er die Politiker in der Weimarer Republik oder jene unter nationalsozialistischer Herrschaft gemeint hat. Für die Mitglieder meiner Generation, die in den Beginn des Nationalsozialismus hineingeboren wurde und die jetzt in einem Lebensalter ist, in der einer nach den anderen die letzte große Reise antritt, ist die Klage, wenn sie angestimmt würde, eine Selbstanklage. Wir müssten nämlich beklagen, dass wir den Betrug, der darin besteht, dass wir in einer Demokratie ohne Anbindung an den Verfassungsgeber, das Volk¹⁵, leben müssen, zugelassen haben, obwohl wir bei mehr Aufmerksamkeit und Einsatz, diesen Betrug hätten verhindern können.

3.6 Direkte Demokratie

„Die Deutschen wollen mehr direkte Demokratie“ lautet eine Schlagzeile in der HAZ vom 21. September. Im Text heißt es:

Eine deutliche Mehrheit der Befragten wünscht sich mehr direkte Demokratie. Auf die Frage „Sollten mehr Elemente direkter Demokratie wie Plebiszite oder Volksabstimmungen eingeführt werden?“, antworteten 72 Prozent der Befragten mit „eher ja“ oder mit „auf jeden Fall“. 13 Prozent äußerten sich ablehnend.

Ich verfolge seit Jahren die Bemühungen des Vereins *Mehr Demokratie* in dieser Angelegenheit. Er bearbeitet seit Jahren Parteimitglieder und Abgeordnete und bleibt doch in der Bittstellerposition hängen. Ich habe empfohlen, den Bundestag beim Bundesverfassungsgericht¹⁶ daraufhin zu verklagen, dass dieser die Verfahrensregel für Abstimmungen des Volkes verabschiedet. Denn das Recht zu Abstimmungen billigt das Grundgesetz den Bürgern schon von Anfang an zu. Denn im Artikel 20 Absatz 2 heißt es:

14 Früher hatte der Ort die postalische Ergänzung i.O. = in Oldenburg.

15 Ich denke, es müsste klar geworden sein, dass ich den Begriff Volk als Synonym für Gesellschaft benutze. Ein Volk im Sinne von Rasse sind wir Deutschen nicht, sondern wir sind das Ergebnis unserer Lage in Europa. Das bedeutet aber nicht, dass wir keine Identität hätten, die nicht zu schützen wäre.

16 Die Empfehlung verschafft mir auch Unbehagen, weil nach meiner Einschätzung dem Bundesverfassungsgericht aufgrund des Verfalldatums im Grundgesetz ebenfalls die Legitimität seiner Existenz fehlt. Es zeigt sich hier, dass Juristen in ihrer Berufsausübung nicht nur unter der Naziherrschaft von den realen Machtverhältnissen im Staat abhängig sind.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Aber unsere Parteien, die die Zugangssperre - bestehend aus 5% der Wählerstimmen - durchbrochen haben und sich zum erheblichen Teil aus Steuergeldern finanzieren, benehmen sich wie Staatsbesetzer in totalitären Systemen und wollen sich durch Wahlen nur ihre Legitimität bescheinigen lassen, aber das Volk von der Mitbestimmung fernhalten. Lange wurde behauptet, Hitler sei auf diesem Weg an die Macht gekommen. Das ist nicht wahr, er ist gewählt worden. Und gewählt wurde er, weil die Demokraten die Gesellschaft an die Wand gefahren hatten. Wie mir ein jüdischer Parteifreund berichtete, hätten die Menschen, die ein Weg aus dem Elend suchten, nur noch die Wahl gehabt zwischen der NSDAP und der KPD. Er hätte damals seine Hoffnung auf die KPD gesetzt.

Ich bekam in jüngster Zeit folgenden Link zugeschickt:

<https://www.rubikon.news/artikel/die-wahrheit-uber-die-demokratie>

Der Link führt zu einem Text mit dem Titel „Die Wahrheit über die Demokratie“ von Prof. Rainer Mausfeld und soll ein Abdruck aus seinem Buch „Fassadendemokratie und tiefer Staat“ sein. Wenn ich Mausfeld richtig verstanden habe, wurde die repräsentative Demokratie erfunden, um das Volk als Gesamtheit von den politischen Entscheidungen fernzuhalten, um die Gefahr, die die Demokratie für die Eigentümer bedeutet, zu bannen. Der Neoliberalismus hätte der repräsentativen Demokratie den Rest an Demokratie ausgetrieben. Und die Freiheit sei an das Eigentum gekoppelt worden. Diese Gedanken halte ich nicht für ganz abwegig, wenn man das Treiben auf der politischen Bühne anschaut. Die Schwäche der Argumentation liegt m. E. in der unklaren Verwendung des Begriffes *Eigentum* und auch in dem der *Freiheit*. Die Narrenfreiheit, die uns gewährt wird und die ich hier schreibend nutze, braucht nicht viel Eigentum, sondern nur das Recht, einen PC zu nutzen. Wenn es aber um die haftende Gestaltungsfreiheit geht – die uns weitgehend verweigert wird –, ist das Vorhandensein von Eigentum eine Voraussetzung, weil wir dann als Eigentümer über Sachen und Rechte verfügen können müssen, um die Gestaltungsfreiheit nutzen zu können. Die Frage, welche Güter dieser Welt denn eigentlich die Voraussetzungen für das Privateigentum erfüllen und wie es zur Konzentration des gesamten Eigentums in den Händen einer Minderheit kommt, wird in der Kapitalismuskritik meistens übergangen. Dabei gibt es genügend Au-

toren – auch in der *Christlichen Soziallehre*¹⁷ -, die zu dem Schluss kommen, dass Privateigentum nur das sein kann, was der Mensch selber schafft und alles, was die Natur den Menschen als Existenzgrundlage auf diesen Planeten gibt, könne nur ein gemeinschaftliches Eigentum sein.¹⁸ Dieser Satz sagt natürlich noch nichts darüber aus, wie dabei eine sinnvolle und nachhaltige Nutzung des gemeinsamen Eigentums möglich sein soll.

Von Franz Oppenheimer – Ludwig Erhards Lieblingslehrer – habe ich in Erinnerung, dass er sagt, dass auch der demokratische Staat ein Klassenstaat ist, wie die politische Ökonomie herrscht. Und unter politischer Ökonomie versteht er eine ausbeutende Ökonomie – und die müsse durch eine reine Ökonomie abgelöst werden. Mir scheint es wichtig, dass den Parlamentariern bewusst ist, dass sie in der Hauptsache Soldaten in einem Verteilungskampf um Eigentum sind und vermutlich nicht wissen, wer ihr Kommandeur ist.¹⁹

Da dieser Verteilungskampf in den Parlamenten zu einem Stellungskampf ohne Auflösung von Konflikten führen kann, ist die Eingriffsmöglichkeit der Gesamtheit der Bürger in das Geschehen eine Notwendigkeit. Hinzu kommt, das jegliches Monopol freiheits- und gemeinschaftsfeindlich ist, das gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Politik. Das Bodenmonopol - das sich darstellt in der Nichtvermehrbarkeit der einzelnen Parzellen einschließlich der Bodenschätze darunter und des Luftraumes darüber - kann nicht aufgelöst, sondern nur durch die Abschöpfung der Bodenrente zugunsten der Gemeinschaft neutralisiert werden. Das Gesetzgebungsmonopol kann bei Missbrauch oder eine Fehlentwicklung durch die Volksgesetzgebung korrigiert und dadurch in Schach gehalten werden.

3.7 Weitere Stichworte

Meine Stichworte für den folgenden Abschnitt sind: Das Verhalten gegenüber der Vergangenheit / Haltung gegenüber den Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg / Die Schuld als politisches Gestaltungsmittel / berufliche und politische Ausgrenzungen von Bürgern durch Vorwürfe z.B. ein Kommunist oder Faschist zu sein / Staatsräson in der Demokratie.

17 Beispiel: „Nun ist es die von *Christus geadelte Arbeit*, die Sinn und Zweck des Eigentums - als Recht des Menschen auf die *Frucht seiner Arbeit* wie auf Eigentum an den zur Erfüllung seiner Arbeitspflicht *notwendigen Arbeitsmitteln* - *offenkundig* macht. Für den Menschen hat die Arbeit, besonders die Arbeit mit der Hand, den Sinn, ihm den eigenen Lebensunterhalt zu gewährleisten.“ S. 255 in Johannes Kleinhappl „Soziales Christentum, Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlaß, Hrsg. Ernst von Loen, einer von fünf Bänden.

18 Gott wird durchaus als Lehensgeber gesehen. Die Kirchen haben es aber geschafft, als Großgrundbesitzer sich selber in diese Rolle zu heben.

19 Das ist kein Hinweis auf mögliche Verschwörer, sondern auf Systemzwänge, die nicht erkannt werden.

3.7.1 Ich beginne mit einem Zitat des jüdischen deutschen Gelehrten Ludwig Freund aus seinem Buch „Aussenpolitische Grundsätze“ von 1963. Freund musste 1934 emigrieren und nach dem Krieg nach (West-)Deutschland zurück.

... Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezchtet wird.

Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. ... (S. 56. f. ohne Hervorhebungen)

... Überempfindlichkeit oder furchtsame Zurückhaltung aber wird von nie-

mandem gedankt und macht sich in der Politik niemals bezahlt. Die Abneigung der Unbelehrbaren wird dadurch nicht überwunden. Wie beim Antisemitismus nährt sich auch ihr Haß an der bloßen Existenz des Objektes. ... (S. 61)

3.7.2 Zu einer angemessenen Haltung der Deutschen zum Militär der Vergangenheit.

Alexander Gauland hat bei einer Rede zum Stolz auf die "Leistung deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen" aufgerufen

- Den Deutschen müsse ihre Vergangenheit nicht mehr vorgehalten werden, so der AfD-Spitzenpolitiker
- Gauland sagte: "Wer Geschichte säubert, zerstört unsere Identität"

Millionen Menschen wurden durch die deutsche Wehrmacht ermordet, als sie für Adolf Hitler über Europa herfiel. Soldaten und Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder.

Die Wehrmacht hielt sich bei ihren Angriffskriegen systematisch nicht an das Kriegs- oder Völkerrecht. Deutsche Soldaten begingen im Zweiten Weltkrieg grausame Massaker und Kriegsverbrechen, sie waren indirekt und direkt am Holocaust beteiligt.

(http://www.huffingtonpost.de/2017/09/15/afd-gauland-zweiter-weltkrieg-stolz_n_18002202.html)

Ich selber habe mir eine kämpferische pazifistische Haltung ohne Literatur und Einflüsterungen von außen erarbeitet. Kämpferisch heißt hier, die Geschehnisse nicht einfach passiv zu erdulden, sondern nach nichtmilitärischen Lösungen des Konfliktes zu suchen und sie einzusetzen. Es gab Zeiten, da haben sich bei mir Nackenhaare aufgestellt, wenn ich einen Menschen in einer Militäruniform sah. Auch denke ich heute noch, dass das Militär kein Instrument zur Friedenssicherung ist, und dass es dort, wo es Menschen und Güter vernichtend angreift, den Kapitalismus stützt, denn dieser lebt vom Mangel an Gütern. Soviel mehr das Militär zerstört, um so mehr kann das Kapital von der Arbeit den Tribut einfordern. Es mag sein, dass das Militär in Ländern, deren staatliche Strukturen sich in Auflösung befinden oder in denen bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen Gutes bewirken kann, wenn es hier vorübergehend Polizeifunktionen übernimmt. Aber hier müsste der Nutzen von Fall zu Fall untersucht werden, weil es dafür keine Garantie gibt. Im Regelfall sind es aber ökonomische Interessen, die zum Einsatz des Militärs führen. Heute dient doch das Militär und die Rüstung auch wieder zur Arbeitsbeschaffung und Arbeitsplatzsicherung. Der Schönheitsfehler, dass dadurch Menschen – vom Kind bis zum Greis – am anderen Ort sterben, muss man eben übersehen. Es gibt viele Gründe, gegen das Militär zu sein, besonders auch darum, weil es eine Illusion ist, dass eine kämpfende Truppe – egal unter welchen Vorzeichen und Flagge sie kämpft – immer Normen der Zivilgesellschaft einhalten kann. Es gibt trotzdem Gründe,

den deutschen Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges ein ehrendes Andenken zukommen zu lassen. 1. Das Militär wird mehr oder weniger auch heute noch von allen Staaten als ein notwendiges und erlaubtes politisches Instrument betrachtet. 2. In der Regel wird der Mensch (überwiegend der männlichen Art) in die Rolle des Soldaten mit Hinweisen auf berufliche Vorteile oder mit Hinweisen auf seine moralische Verpflichtung gelockt oder mit Strafandrohung bis hin zur Exekution gepresst. 3. In den hierarchischen Befehlsketten verfügen Soldaten trotz Soldatengesetze nicht über eine eigene Entscheidungsfreiheit. Schon der Verdacht, dass sie sich dem Befehl entziehen, kann den Gang zum Gefängnis oder zum Erschießungsplatz zur Folge haben. (Ich habe häufige in dem Haus eines ehemaligen Sanitäts-Soldaten gewohnt, der sich an der Front verlaufen hatte und dafür in einem KZ landete. Über das Maß was kämpfenden Soldaten (auch die gegnerischen) an Strapazen und Entbehrungen erlitten haben, können sich die wenigsten Bundesbürger, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, eine rechte Vorstellung machen. Bilder im Fernsehen können die Erfahrung im Krieg nicht ersetzen. Nicht wenige Soldaten haben den Tod gesucht, weil sie die physischen und seelischen Qualen nicht mehr ertragen konnten. Vergessen darf man auch nicht, dass es nicht wenige jüdische Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges gab, die sich am Beginn des Zweiten Weltkrieges wieder zur Verfügung stellten und dabei die Vernichtung ihres Selbstverständnisses erleben mussten, weil sie als Juden zurückgewiesen wurden. Und bei allen Betrachtungen von kriegerischem Geschehen darf nicht außer Betracht gelassen werden, dass im Kriegszustand einer Gesellschaft jedes ihrer Mitglieder in dem Krieg eingebunden ist und in den modernen Kriegen auch in vielfältiger Art leiden muss bis hin zum Tod durch Bomben, Minen und Fliegerbeschuss, weit weg von der eigentlichen Front, die sich in künftigen Kriegen noch weiter auflösen und die Gestalt des allgemeinen Terrorismus annehmen werden.

3.7.3 Zu dem Thema des politischen Missbrauchs der objektiven und der als Verlierer zugewiesenen Schuld der Deutschen als politisches Gestaltungselementes durch die Sieger und von den von ihnen ins Amt gesetzten deutschen Vollstreckern, die nicht selten Opfer des Nationalsozialismus waren, ist zu wenig geforscht worden. Das, was von den Deutschen gesagt wurde, entsprach häufig nicht den eigenen Erfahrungen, die sie selber gemacht hatten. Die Wirkung war aber doch, dass die Deutschen sich häufig als Menschen zweiter Klasse fühlten. Es ist doch nicht verwunderlich, dass sich dagegen eine Auflehnung im politischen Alltag bemerkbar macht. Verwunderlich ist nur, dass sie in ihrer Heftigkeit so spät kommt.

3.7.4 Versuche, Menschen mit Einstellungen, die nicht auf der Linie der herrschenden Vorstellungen von der richtigen politischen Einstellung liegen - also bei uns solche, die als kommunistisch oder faschistisch klassifiziert werden können - aus den Gesetzgebungsorganen und dem öffentlichen Dienst fernzuhalten, ist für autoritäre Regierungssysteme normal, aber für freiheitliche, demokratische ein Verrat ihres Selbstverständnisses oder das Backen ohne Treibmittel oder eine Fahrerinne ohne Baken und Tonnen in der Schifffahrt, die Untiefen anzeigen. Die Versuche sind auch ein Verstoß gegen den Art. 3 (3) des GG. Der Art. 18 (Missbrauch der Freiheit), der den Missbrauch der Freiheit zur Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung untersagt, übersieht, dass die Freiheit nicht wirklich durch Verbote und Ausschlüsse gesichert werden kann, sondern nur durch die attraktive Ausgestaltung der Freiheit, die keinen Anlass gibt, sie aufzugeben. Jedenfalls war in der Vergangenheit der Versuch, Lehrer, die sich am Marxismus oder Kommunismus orientierten, aus dem Schuldienst herauszuhalten oder zu entfernen a) ein Missbrauch eines Monopols, dass die Personen, die im Staat zur Entscheidungsmacht gekommen waren, freiheitsfeindlich für sich beanspruchten und b) nicht nur falsch – wie später der Ex-Bundeskanzler Willy Brand bekannte - , sondern eine Dummheit, weil der Schulbereich bei uns dem Kommunismus-Modell ziemlich nahe kommt und kommunistische Lehrer doch nur in geistig heimatlichem Gefilde gearbeitet hätten. Kurzum: Wer den gewählten Andersdenkenden im Parlament nicht ertragen kann, ist selbst am falschen Platz.

3.7.5 Staatsräson in der Demokratie. Der Begriff Staatsräson wird bei uns häufig in Verbindung gebracht mit einer bestimmten Haltung der herrschenden Politik gegenüber den Juden und dem Staat Israel. Schon dieser Hinweis darauf kann einem den Ruf eines Antisemiten einbringen. Es zeigt sich hier, dass es nicht weit her ist, mit unserer Meinungsfreiheit. Gefahrlos für eine politische Karriere darf man nur wie in einer Diktatur oder wie bei Recep Tayyip *Erdoğan* im Rahmen der Vorgaben argumentieren. Mir geht es aber erst einmal um den Begriff Staatsräson, den ich mit einer Monarchie und einem autoritären Staat verbinde und nicht mit der Demokratie. Ich habe nun mal nachgeschaut. In einem Wikipedia-Eintrag ist dazu zu lesen:

Der Begriff der **Staatsräson** [['ʃta:tsrɛzõ:](#)] (auch **Staatsraison**) bedeutet das Streben nach Sicherheit und Selbstbehauptung des [Staates](#) mit beliebigen Mitteln. Nach [Wolfgang Kersting](#) stellt er eine „Rangordnungsregel für Interessens- und Rechtskollisionen“ dar. Damit ist zumeist die klassische Dreieheit „*voluntas*, [necessitas](#) und *utilitas*“ („*Wille*, *Notwendigkeit*,

Nützlichkeit“) als Legitimationsgrößen staatlicher Handlungen gemeint.

In diesem Sinn ist die Staatsräson ein vernunftgeleitetes Interessenskalkül einer Regierung, unabhängig von der Regierungsform, und einzig der Aufrechterhaltung des funktionierenden Staatsgebildes verpflichtet.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsr%C3%A4son>

Es ist dann noch zu lesen, dass Machiavelli den Begriff eingeführt oder benutzt hat. Machiavelli war aber kein Vertreter der Demokratie, sondern sein Streben galt dem Machterhalt und Machtentfaltung der Fürsten. Wenn es also in der Demokratie einen Bedarf an Staatsräson gibt, dann hat nicht die Exekutive und auch nicht die Legislative das Recht bekommen, den Inhalt einer geschützten Haltung oder Politik zu definieren, sondern der übergeordnete Rechtsträger staatlicher Macht, das Volk, die Gesamtgesellschaft. Wenn es anders wäre, könnte nämlich die Regierung oder das Parlament, deren Mitglieder heute Staatsbesetzer sind, die Entmündigung des Volkes zur Staatsraison erklären.²⁰

Auf die Juden und Israel angewendet halte ich den Begriff für kontraproduktiv, er befördert mehr den Antisemitismus, als dass er ihn abbaut. Es beginnt sich zu rächen, dass man aufgrund der Verbrechen gegen die Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft die Deutschen, die danach geboren wurden und nichts damit zu tun haben, versucht und versucht hat, zu den ewigen geistigen und materiellen Schuldnern von Juden und Israel zu machen. Ich selber kann mir gar nicht eine westliche Welt vorstellen ohne Juden, denn ohne das Judentum gäbe es auch kein Christentum. Die Juden schützt man am besten, wenn sie als ganz normale Menschen behandelt werden, sie nicht überhöht, sie für kritikwürdig hält und a) die ökonomischen Wurzeln des Antisemitismus rodet und b) die geistigen Wurzeln des Antisemitismus offen diskutiert, wie es Nahum Goldmann in seinem Buch „Mein Leben / USA. Europa. Israel“ (1981) getan hat:

Vom Standpunkt des Individuums, nicht kollektiv gesehen, deutet die Frage der jüdischen Gleichberechtigung darauf hin, wie schwer es ist, die Normalisierung mit der Einzigartigkeit zu vereinen. Das Bewußtsein der Juden von ihrer Auserwähltheit war stets einer der tieferen Gründe für den Antisemitismus. Wenn Männer wie Voltaire, Kant, Diderot oder Herder - um nur einige wenige zu nennen -, Vorkämpfer für Gleichheit und Freiheit, Juden, um es milde auszudrücken, nicht mochten, kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß sie die von ihnen aus gesehene Überheblichkeit des jüdischen Volkes, als einziges von dem einzigen Gotte auserwählt zu sein, nicht dulden konnten und als arrogant betrachteten. Der bedeutende Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß

²⁰ Der Begriff Staatsbesetzer ist abgeleitet von Hausbesetzer, er ist nicht abwertend gemeint, sondern verweist auf eine Rechtsgrundlage.

die Juden sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichberechtigung mit großem Takt benutzen sollten. Ich erinnere mich sehr wohl einer heftigen Debatte in Frankfurt am Main, als ich, noch ein Jüngling, seine These verteidigte, die unter der deutschen Judenheit viele Proteste erweckt hatte. (S. 20)

Vorher heißt es bei Nahum:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete. (S. 69)

Der Antisemitismus kann also keine Ursache für den Untergang der Weimarer Republik gewesen sein, auch wenn er wie in anderen Staaten vorhanden war. Vielmehr haben die Nazis dem Volk die Juden als Verursacher ihres Elends angeboten, in das sie von den Demokraten geführt worden waren. Dass damals der steigende Antisemitismus für die meisten Deutschen nur ein Erklärungsmuster für ihr Elend war, wird auch in einer Rede von Himmler deutlich, die in der Schrift „Die Deutschen und wir / Mit Beiträgen von H. Genschel. H. Köhler, H. Bethmann und Th. Heuss (1957 und 1960) zitiert wird.

Himmler sagte am 4. Oktober 1943 in seiner Posener Rede vor SS-Führern: ... Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht: ‚Das jüdische Volk wird ausgerottet‘, sagt ein jeder Parteigenosse, ‚ganz klar, steht in unserem Parteiprogramm, Ausschaltung der Juden, machen wir.‘ Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude.... (S. 43)

Wer nun glaubt, die US-Amerikaner hätten in das Kriegsgeschehen eingegriffen, um die Juden und uns Deutsche zu befreien, sollte seine Einschätzung überprüfen.

Selten waren Menschen in der Geschichte so auf die Hilfe anderer angewiesen wie Juden zur Zeit des Nationalsozialismus. Zehntausende flohen nach der Machtergreifung Hitlers vor der Verfolgung in Deutschland in andere europäische Staaten oder auf andere Kontinente, zum Beispiel in die USA. Willkommen waren sie dort allerdings nicht. Oft wurde ihnen die Einreise verwehrt. Eine Gallup-Umfrage, veröffentlicht im Juli 1938 und [jetzt wieder hervorgeholt](#), zeigt: Mehr als Zwei Drittel der US-Amerikaner sprachen sich

dagegen aus, „deutsche, österreichische oder andere politische Flüchtlinge“ aufzunehmen – mit Verweis auf die ökonomische Situation. Die USA steckten zu dem Zeitpunkt in einer Wirtschaftskrise.

Jüdische NS-Flüchtlinge waren in den USA nicht willkommen

Michael Stürzenhofecker, DIE ZEIT, 18. 11. 2015

<http://blog.zeit.de/teilchen/2015/11/18/ns-fluechtlinge-usa-syrien-juden/>

Das Motiv *Befreiung und Hilfe von Menschen in Not* hat sicher für Rekrutierung der US-Soldaten und deren Motivation gedient. Die Politik der USA benötigte den Kriegseintritt aber als Konjunkturprogramm. Ich habe zu diesem Thema im Text 149 (>> EURORETTUNG NUR MIT GREEN NEW DEAL ... <<) Robert Lekachman aus seinem Buch „John Maynard Keynes – Revolutionär des Kapitalismus“ zitiert.²¹

Wenn unsere Human-Wissenschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Auftrag darin gesehen hätten, den Weg der Deutschen im Zeichen des Hakenkreuzes wirklichkeitsgetreu zu erforschen und nicht den Nachgeborenen den aufrechten Gang zu verweigern, dann hätten wir auch kein Problem mit dem Rechtsextremismus. Und die Schuld der Deutschen wurde nicht durch Zahlungen und die Politik der CDU/CSU, FDP, SPD und die GRÜNEN abgebaut, sondern vergrößert. Bei John Ziegler ist in seinem Buch „Die neuen Herren der Welt“ zu lesen, daß unsere heutige Ökonomie mehr Tote pro Jahr verursacht, als der ganze Zweite Weltkrieg. Auf der Seite 14 ist zu lesen:

Ständiger Hunger und chronische Unterernährung sind von Menschen gemacht. Verantwortlich für sie ist die mörderische Ordnung der Welt. Wer auch immer an Hunger stirbt - er ist Opfer eines Mordes.

Ziegler kommt aber nicht zu den wirklichen Ursachen dieser mörderischen Ökonomie und neigt vermutlich – so genau weiß ich das nicht mehr – wie viele linke Kritiker trotz der geschichtlichen Misserfolge dazu, Zuflucht in der Zentralverwaltungswirtschaft zu suchen. Festzuhalten ist, dass das freiwirtschaftliche Analyseangebot und die daraus abgeleiteten Reformen nicht nur in der Weimarer Republik – durch den Verrat objektiver Wissenschaft - unterdrückt wurde, sondern genauso (nach einer kurzen Kenntnisnahme) nach dem Zweiten Weltkrieg, wodurch das Problem der heutigen Flüchtlinge, mit dem wir unser Problem haben, erst entstanden ist. Diese Unterdrückung war nicht so primitiv wie der Versuch durch Berufsverbote, die beide das politische und ökonomische Denken zu kanalisieren sollte. Man

²¹ <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/149.0.Euro-Rettung.mit.Green.New.Deal.G20.HH.pdf>

hat einfach versucht die Ökonomieschule durch Aushungern zum Schweigen zu bringen. Und die offizielle Wirtschaftspolitik und -wissenschaft hat wohlwollend hingenommen, das die heutige Antifa – die Gruppe mit der höchsten faschistischen Denkstruktur – versucht hat, eine Abschreckungsmauer um dieses Wissen zu bauen.

Noch ein Wort zu dem Hinweis von Nahum Goldmann auf Werner Sombart und dessen Aussage, das die Juden der Hauptfaktor bei der Schaffung des modernen Kapitalismus sind. Hier besteht wieder die Unsicherheit, was mit dem Wort Kapitalismus gemeint ist und ob sein Begriff mit dem des Wortes Marktwirtschaft identisch ist. Da den Juden nicht die Schaffung der Marktwirtschaft zugeordnet werden kann, kann mit Kapitalismus hier nur der Einsatz von Material und Geld zur Erzielung von Zinsen und ökonomischen Renten (Dividenden) gemeint sein. Ökonomische Renten und Zinsen werden natürlich nicht vom lieben Gott bezahlt, sondern systembedingt vom Arbeitsertrag abgezogen. Das führt naturnotwendig immer wieder zu Spannungen in der nationalen wie internationalen Wirtschaft. Das Anliegen des Sozialismus war am Anfang nur, dieses Spannungsverhältnis dadurch aufzulösen, indem der Arbeit der volle Arbeitsertrag verschafft werden sollte. Aber was haben die Juden damit zu tun – die ja selbst sozialistische Denker und Akteure hervorgebracht haben? In den Zeiten, als sich die Geldwirtschaft entwickelte, waren den Juden die ehrenhaften Berufe verschlossen und sie mussten, um zu überleben, in die unehrenhaften ausweichen. Da das Geschäft mit dem Geld als unehrenhaft galt, wurden sie da sozusagen hineingedrängt. Hinzu kam, dass den Christen das Zinsnehmen verboten war, den Juden aber nur die Zinsnahme von den eigenen Glaubensgenossen. Und in diesem Bereich erreichten einzelne Juden die Meisterschaft, gezwungenerweise, weil dieses Geschäft nicht vor der Willkür der Obrigkeit geschützt war. Das Wissen davon, wie mit Geld Geld erworben werden kann, bezog sich aber nicht auf die konjunkturellen und verteilungspolitischen Wirkungen des Geldes, auch nicht darauf, wie die Kaufkraft des Geldes stabil gehalten werden konnte. Da die Menschen durch die Jahrhunderte hindurch aber unter dem Wechsel vom Segen zum Fluch des Geldes gelitten haben und keine Erklärung dafür bekamen, wurden jene, die mit dem Geld Geschäfte machten, als Verursacher erklärt und das waren eben vorwiegend Juden. Da die Freiwirtschaftsschule über diese Zusammenhänge aufklärt und zeigt, wie die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreit werden kann, entlastet sie die Juden von dem Vorwurf, dass sie die Ursache der ökonomischen Fehlentwicklungen in der Welt sind. Im Übrigen leidet die große Mehrzahl der Juden genauso unter dem Kapitalismus wie alle anderen Menschen. Es ist aber

kein Antisemitismus, wenn gefragt wird: „Wie haben sich eigentlich die Juden im vorigen Jahrhundert verhalten, die groß im Geldgeschäft involviert waren?“ Von einem Bankhaus, das von Juden betrieben wurde, habe ich gehört, dass es – mit der freiwirtschaftlichen Analyse des Geldes in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen konfrontiert – sich bedankt hat, weil es damit die Gefahren für ihr Geschäft besser beherrschen konnte. Aber ein Interesse an einer allgemeinen Aufklärung wäre nicht vorhanden gewesen.

4. Die Werbung für eine bessere oder andere Verfassung

4.1 Die Herrschaft der Toten oder der Lebenden

Thomas Jefferson ²² hat den Begriff von der Herrschaft der Toten geprägt. Gemeint ist der Versuch der jeweils Lebenden, die künftig Lebenden an ihre Beschlüsse und Gesetze zu binden, sie ihrem Denken und Wollen zu unterwerfen. Das Mittel dazu sind Ewigkeitsklauseln in Verträgen und Gesetzen. Solche Ewigkeitklauseln kennt ja auch das Grundgesetz.²³ Ewigkeitsklauseln sind aber nicht nur widersinnig im Hinblick darauf, dass die Nachgeborenen für sich die gleichen Rechte geltend machen können, wie jene Generationen, die vor ihnen geboren wurden und vorschreiben will, was als Recht der Nachgeborenen gelten soll, sondern auch im Sinn des Begriffes Demokratie. Mit dem Beschluss einer Verfassung wird ja nicht das Recht vom Volk aufgegeben, sich eine andere Verfassung zu geben. Das muss doch besonders gelten, wenn die gerade vorhandene Verfassung ein Oktroi ist. Die Demokratie ist, wie die Grundrechte es sind, ein Naturrecht, d. h. es sind Rechte, die der Mensch mit Geburt erwirbt und nicht durch Mitglieder einer Institution verliehen werden können. Diese Rechte mögen nicht jedem Menschen bewusst sein, von Königen, Diktatoren und irrenden Mehrheiten vorenthalten werden. Sie sind trotzdem immer da ²⁴, wenn auch nicht immer wirksam. Ihre Gestalt und Interpretation werden aber im Zeitablauf und von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich sein. Selbst der Begriff Menschenwürde ist nicht eindeutig und seine Auslegung vom Zeitgeist abhängig. Auch das Verständnis vom Asylrecht wird heute anders

22 **Thomas Jefferson** (1743 – 1826) „war einer der [Gründerväter der Vereinigten Staaten](#), von 1801 bis 1809 der [dritte amerikanische Präsident](#) und der hauptsächliche Verfasser der [Unabhängigkeitserklärung](#) sowie einer der einflussreichsten [Staatstheoretiker](#) der USA. Von 1797 bis 1801 war er außerdem der [zweite amerikanische Vizepräsident](#).“ (Wikipedia)

23 Siehe u. a.: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161075/ewigkeitsklausel>

24 Die Existenz des Volkes als oberster Gesetzgeber bleibt auch erhalten, wenn das Volk ein autoritäres Regierungssystem gewählt hat oder unachtsam in eine Diktatur geschliddert ist. Das hängt damit zusammen, dass der Mensch kein Einzelwesen ist und zur Gruppenbildung neigt. Für die Gruppe besteht dann die Notwendigkeit, Normen zu bilden, die das Zusammenleben erleichtern, aber auch die Rechte der Individuen zu wahren, die nicht zur Disposition stehen. Kein König und kein Diktator kann sich an der Macht halten, ohne Rückhalt im Volk. Die Macht und Gewalt haben sie wenigstens von einem Teil des Volkes.

ausgelegt, als zu der Zeit gemeint war, als es ins Grundgesetz geschrieben wurde. Ich habe dazu in einem anderen Papier zum Flüchtlingsthema aus einer juristischen Stellungnahme zitiert. Danach interpretiert die reale Politik diesen Begriff in einem von den Verfassern im Parlamentarischen Rat nicht vorgesehenem weiten Sinn. Diese weite Auslegung wird dazu führen, dass von anderen Normen des GG nicht eingehalten werden kann und die Gefahr des Unterganges unserer Republik heraufbeschwört.

(Das Thema Flüchtlinge greife ich noch einmal auf. Hier noch ein paar Sätze zu der Verfassung. Es gibt nicht nur eine Möglichkeit, inhaltlich und verfahrensmäßig zu einer Verfassung zu kommen, sondern viele.)

4.2 Die verpassten Chancen im Vereinigungsprozess

In meinem Text 6.1 vom Dezember 1989 mit dem Titel > DARAUF KOMMT ES AN! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR < , also einen Text, der vor der Vereinigung von DDR und BRD geschrieben wurde, habe ich verschiedene mir wichtige Themen behandelt und nach deren Abschluss jeweils eine Empfehlung gegeben. Die Empfehlung zur Verfassung lautet:

6. Empfehlung:

- a) Sowohl die auf Erneuerung drängenden Mitglieder der SED, wie auch opponierende Einzelpersonen, Gruppen und Massendemonstrationen sollten darauf drängen, daß vor Neuwahlen eine verfassungsgebende oder -verändernde Versammlung nach demokratischen Spielregeln einberufen wird. Diese Versammlung sollte aber nur die neue Verfassung erarbeiten. In den Passagen, wo keine Einigkeit erzielt werden kann, sollten die betreffenden Artikel alternativ zur Abstimmung kommen. Die Inkraftsetzung der Verfassung sollte durch einen Volksentscheid erfolgen, der nach Möglichkeit eine Zustimmung oder Verwerfung einzelner Artikel zuläßt.
- b) Die Massenmedien veröffentlichen zu Vergleichszwecken ein Dutzend Verfassungen und Verfassungsentwürfe mit kurzen Abrissen der jeweiligen Entstehungsgeschichte und Hinweise auf Stärken und Schwächen, damit sich jede Bürgerin und jeder Bürger der DDR, der interessiert ist, selber einen Überblick und damit eine Urteilsbasis schaffen kann.
- c) Dezentral sollten sich Gruppen bilden, und zwar auch konkurrierend, die Verfassungsfragen intensiv bearbeiten und das Recht erhalten, bei der verfassungsgebenden Versammlung Eingaben zu machen, die diese zu prüfen hat. Weiter wäre es Aufgabe der dezentralen Verfassungs-Gruppen, die Diskussion vor und nach Beschlußfassung der Verfassungsvorlage der verfassungsgebenden Versammlung vor Ort mit den Bürgern anzuregen und zu organisieren, so daß vor dem Volksentscheid ein hoher Informationsstand erreicht wird. Diese Gruppen sollten natürlich nicht nur die unter b) empfohlenen Veröffentlichungen durcharbeiten, sondern auch jene, die in den Bibliotheken der DDR und der BRD zugänglich sind. In meinem Bücherregal

steht zum Beispiel das „Bollwerk der Republik - Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“ von Burton J. Hendrick (1937, deutsch 1953, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg), das Buch scheint mir im Themenzusammenhang interessant zu sein.

Die Grund- oder Menschenrechte

Wenn ich die Menschenrechte unter dem Stichwort „Verfassung“ nicht erwähnt habe, dann aus folgendem Grunde: Die Menschenrechte können dem einzelnen Menschen nicht durch einen Staat verliehen werden, sondern er erwirbt sie mit der Geburt. Sie sind Bestandteil seiner Person und des Begriffes Mensch. Diese Aussage wird auch dadurch nicht entkräftet, daß manche Menschen sich ihrer Grundrechte noch nicht oder nicht mehr bewußt sind, daß sie ihnen vorenthalten oder scheinbar geraubt wurden. Trotzdem hat es einen Sinn, wenn die Grundrechte in den Verfassungen erscheinen, auch wenn sie dort nur einen deklamatorischen Charakter haben. Denn durch ihre Benennung werden Passagen oder Artikel, die im Widerspruch zu ihnen stehen, leichter sichtbar.²⁵

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an%21%20HT.pdf>

4.3 Dringende Verfassungsfindung durch das Volk

Wir wissen, dass eine Verfassung auf ganz verschiedene Art zustande kommen kann. Das Grundgesetz hat ja den Mangel, dass über 99 % des Volkes von der Verfassungsfindung und der Zustimmung zur Verfassung ausgeschlossen waren. Über die [Weimarer Verfassung](#) vom 11. August 1919 heißt es u.a.:

Ebert ließ den [Rat der Volksbeauftragten](#) Wahlen für eine neue konstituierende Versammlung ausschreiben, die [Weimarer Nationalversammlung](#). Sie erarbeitete die [Weimarer Verfassung](#), einen wesentlich neuen Text, nach einem Entwurf des liberalen Innenministers [Hugo Preuß](#).

<https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsverfassung>

Die Vorlage, die durch eine einzelne Person erarbeitet wurde, kann durchaus einen Vorteil haben, wenn der Verfasser ein Vorreiter in den Fragen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist. Ein solcher Text kann den Vorzug der größeren inhaltlichen Schlüssigkeit haben. Ich würde aufgrund der Erfahrungen mit dem Grundgesetz einen anderen Weg wählen. Als Ziel würde ich benennen, dass wenigstens 10 % der Bürger sich an der Verfassungsfindung beteiligen und dass verschiedene Entwürfe in Konkurrenz zueinander entstehen und durch eine stufenweise Selektion auf zwei oder einen Entwurf reduziert werden. Die Beteiligung müsste offen sein. Sich vorher auf bestimmte Verfahrensregeln zu einigen, wäre sinnvoll. Nur für die Redaktion der letzten Entwürfe, die zur Abstimmung kommen sollen und für die

²⁵ Den letzten Abschnitt hatte ich nicht mehr in Erinnerung. Er ist in diesem Text eine Doppelung.

Organisation der Abstimmung über Verfassung müsste ein demokratisch legitimes Gremium von der gesellschaftlichen Gesamtheit gewählt werden. Die Volksabstimmung über die Verfassung selbst wäre dann der Schlusspunkt. Mit der heutigen Kommunikation über das Internet scheint mir das ein mögliches Verfahren zu sein. Damit da etwas Gutes bei herauskommt, müsste aber eine lange Phase der Erörterung der Möglichkeiten der Gestaltung einer Gesellschaft erfolgen, denn ohne Vorstellung, in welcher Gesellschaft die Deutschen leben wollen, können sie auch nicht in sinnvoller Weise ihre Verfassung formulieren. Außerdem muss vorher geklärt werden, wie viel Föderalismus und wie viel Zentralismus in Deutschland und Europa verwirklicht werden soll. Der ganze verfassungsmäßige Selbstfindungsprozess dürfte nicht unter 2 Jahre dauern. Das ganze Verfahren muss so gut sein, dass es auf möglichst alle europäischen Staaten ansteckend wirkt, so, dass wir am Ende auch zu einer europäischen Verfassung kommen und nicht nur – wie jetzt – zu Verträgen der Regierungen und der EU-Bürokratie.

4.4 Dringender Klärungsbedarf

Ich verstehe mich nicht als Verfassungs-Entwerfer, habe aber wie andere Bürger sicher auch, Vorstellungen darüber, was sich ändern müsste:

- a) Die Gewaltenteilung müsste konsequent durchgeführt werden. Wer in der Exekutive sitzt, auch als leitender Beamte, kann nicht gleichzeitig Mitglied der Legislative sein.
- b) Die Bestellung oder Wahl von Richtern darf nicht durch die Exe- und Legislative erfolgen, sondern durch ein Gremium, das seine Kompetenz direkt vom Volk erhält.
- c) Die Wahl der Regierung und des Parlamentes muss getrennt und die Regierung direkt durch das Volk erfolgen. Das jetzige Verfahren degradiert die Mehrheit im Parlament auf den Status einer Legalitätsbeschaffungsmaschine der Regierung und macht die Opposition zum zahnlosen Tiger.²⁶
- d) Die Fraktionsbildung wird als Meinungskartell eingestuft, das die Unabhängigkeit der Abgeordneten beschränkt und wird als demokratiefeindlich eingestuft. Kartelle sind in der Politik genauso schädlich wie in der Wirtschaft. Das Grundgesetz kennt den Begriff Fraktion überhaupt nicht.
- e) Die politischen Parteien, die es zu Staatsbesetzern gebracht haben, haben aus dem grund-

²⁶ Die Exekutive ist die vollziehende Gewalt, sie soll das umsetzen, was das Parlament beschließt. Auch die Rechtsverordnungen – ein Instrument der Exekutive – müssen sich an den Rahmen, die von den Gesetzen gebildet werden, halten. Es ist also nicht so, wie es heute praktiziert wird, dass die Mehrheit des Parlaments das jeweilige Handeln der Regierung legalisiert.

gesetzlichen Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung ein Monopol gemacht. Als Gegenmaßnahme werden alle Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten gestrichen und das stillschweigend eingeräumte Mitspracherecht bei der Regierungsbildung und über das Abstimmungsverhalten der ihrer Partei zugehörigen Parlamentarier wird annulliert. Die jetzige Praxis hebt die Unabhängigkeit der Abgeordneten auf und gibt den Parteimitgliedern gegenüber den Nichtmitgliedern ein überhöhtes Stimmrecht. Parlamentarier und Regierungsmitglieder müssen während ihrer Amtszeit bzw. während der Dauer ihres Mandates ihre Parteimitgliedschaft ruhen lassen.

f) Für die Regierung und das Parlament ist die Verfassung der Rahmen, in dem sie handeln können und sollen. Es ist widersinnig, ihnen gleichzeitig das Recht zu geben, diesen Rahmen nach ihren Vorstellungen oder Bedürfnissen zu verändern. Parlamente sollen im Rahmen der Verfassung handeln und nicht über diesen bestimmen können.

g) Der Bundespräsident wird direkt gewählt, ihm wird ein Verfassungsrat zur Seite gestellt, der vor der Unterschrift des Bundespräsidenten unter einem Gesetz, seine Verfassungsmäßigkeit prüft. Bei einem abschlägigen Bescheid kann der Bundestag eine Änderung vornehmen oder vor dem Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des betreffenden Gesetzes fällen lassen. Weiter wäre der Verfassungsrat zuständig für die Einleitung und das Verfahren der Durchführung von Verfassungsänderungen, für das Salär der Abgeordneten und Regierungsmitglieder, für die Überprüfung der Chancengleichheit der Abgeordneten in der Geschäftsordnung des Bundestages und für den ordnungsmäßigen Ablauf von Wahlen zuständig. (Die Abgeordneten sollen nicht zum eigenen Vorteil Beschlüsse fassen können.)

h) Wichtig wäre auch eine Verfassungsrevision – alle 20 oder 25 Jahre - durch den Souverän, das Volk. In dieser Revision könnte dann die geltende Verfassung bestätigt oder auf einem neuen Stand gebracht werden. (Tod der Herrschaft der Toten.)

i) Natürlich gehört auch die 5%-Klausel bei der Wahl gefällt. Ihre Begründung war von Anfang an verlogen. Wenn wir eine repräsentative Demokratie wollen, dann muss sie auch kleine Minderheiten die Mitwirkung im Parlament ermöglichen.

j) Das Parlament bekommt nur das Recht für neue Gesetze, wenn sie für jedes neue Gesetz – je nach Bedeutung - 1 bis 5 alte Gesetze aufhebt. Gesetzestreue und Rechtsstaatlichkeit kann auch von der überbordenden Zahl von Gesetzen sabotiert werden.

Es gibt sicher weitere Punkte zur Verfassung, die bedacht werden wollen. Ich will diesen Ab-

schnitt aber mit einer Mahnung schließen. Nicolaus Oresme, Bischof von Lisieux (1325 – 1382) schreibt in seinem „Traktat über Geldabwertungen“²⁷

Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärger und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht! (S. 47)

Das Zitat ist aus dem achten Hauptstück, es bezieht sich aber auf die „Geldveränderungen im Allgemeinen.“ Inhaltlich gilt es aber für alle Gesetze. Die Aussage ist aber keine Aufforderung, alles so zu belassen, wie es gerade ist, sondern die „Gesetzgeberei“ zu vermeiden und auf die Qualität der Gesetze zu achten. Ansonsten ist den Abgeordneten Oresme zu empfehlen, damit sie etwas besser gegen die Willkür der Europäischen Zentralbank gerüstet sind. An dieser Stelle scheint es mir angebracht, ein Zitat von Silvio Gesell zu bringen. Ich habe es der Zitatsammlung „An die Überlebenden“ von Friedrich Salzmann aus der Schweiz (1945) entnommen:

Demokratie wird Plutokratie sein und bleiben, bis wir die wirtschaftlichen Grundlagen für eine wahre Demokratie geschaffen haben. Und alle Revolutionen und Putsche werden nichts daran ändern können. Denn auch noch die Revolution steckt derjenige in den Sack, der Geld hat, der mehr Geld hat als die andern. Mit bestechlichen Menschen kann man keine Revolution zum siegreichen Ende führen. Und bestechlich sind alle, die hungrig sind, die die Kostbarkeiten dieser Erde immer nur von außen betrachtet haben und nie durch praktische Erfahrung zur Erkenntnis der inneren Hohlheit dieser Schätze kommen konnten. (S.105)

5. Noch einmal zum Schicksal der Flüchtlinge, das unser Problem ist

5.1 Aus dem Text 139 vom August 2015, „Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik“

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/139.Fluechtlingspolitik.pdf>

Am 1. Mai 2001 schrieb ich:

Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen:

²⁷ Hier aus einer Fassung von Edgar Schorer aus dem Jahr 1937.

Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben. Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher.

(Der Gedanke geht auf eine Diskussion mit einem Freund in den 80er Jahren zurück. Mehr darüber in dem Text „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil“, S. 67/68.)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1%20Offener%20Brief%20Nds.Landtag%20II.pdf>

Wir haben in der Diskussion Anfang der achtziger Jahre auch überlegt, was besser wäre, abzuwarten bis das Elend dieser Welt gleichmäßig auf dem Globus verteilt wäre oder von den bestehenden Wohlstandsinseln aus weitere Inseln des Wohlstandes zu bilden, bis der Wohlstand auf der ganzen Erde zu Hause ist. Wir kamen zu dem Schluss, dass sich ein weltweites Elend wohl nicht gleichmäßig beheben ließe, sondern einzelne Regionen wieder Inseln des Wohlstandes bilden würden. Und unter diesem Gesichtspunkt wäre es besser, von den bestehenden Wohlstandsinseln aus die Verelendung der Menschen zu bekämpfen, weil das die Leidenszeit der Menschen verkürzen würde. Dass ein Erfolg dieser Bemühungen nicht zum Nulltarif zu haben ist, war uns damals auch klar. Die größten Schwierigkeiten sahen wir darin, ein Umdenken in der Politik und den westlichen Gesellschaften in Gang zu setzen. Die Jahrzehnte danach haben gezeigt, dass wir das richtig eingeschätzt haben.

5.2 Überlegungen von heute

Heute Morgen habe ich für diesen Abschnitt notiert: Wenn wir alle Menschen, die in Gefahr und Elend leben, mit dem Hinweis auf die Würde des Menschen zu uns lassen wollen, dann hört unsere Wohlstandsinsel auf zu existieren. Wenn man sich nicht auf eine realistische Obergrenze einigt, dann wird der unvermeidbare Bürgerkrieg sie setzen. Ich argumentiere hier nicht gegen die Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer, die sich z. B. auf einem Rettungsschiff engagieren. Wenn ich Mitglied einer Gruppe von Helfern oder der Besatzung eines Rettungsschiffes wäre, würde ich auch um jeden Flüchtling kämpfen, damit er aus der Gefahrenzone käme. Wenn wir das unmittelbare Elend vor Augen haben, dann sind keine Bedenken gefragt, sondern die unmittelbare Hilfe. Aber aus dem Blickwinkel der Helfer ist das Flüchtlingsproblem nicht zu lösen. Der Arzt, der helfen will, darf sich sein Handeln auch nicht von dem Mitempfinden über die Schmerzen, die der Patient hat, diktieren lassen, was

er tut. Bei der Lage der Flüchtlinge ist es sogar so, dass sie um so mehr kommen, je mehr ihnen Hilfe geleistet wird. Je mehr Rettungsschiffe im Mittelmeer positioniert sind, die dann die Flüchtlinge an der europäischen Küste absetzen, so viel mehr Flüchtlinge werden kommen, denn die Hilfe wird in den Preisen und Versprechen der Fluchthelfer und in der Flüsterpropaganda über den sicheren Weg zu den Ländern, wo das Manna vom Himmel fällt, ihren Niederschlag finden.

5.3 Meine Orientierungspunkte

Ich habe diese schon in einem anderen Text vorgetragen. Da ist zum einen die Ziffer 2 in Silvio Gesells Erläuterung des Sinns des Wortes Freiland²⁸ Es heißt in seinem Buch „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“, Auflage von 1946 auf der Seite 92:

2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.

Der andere Orientierungspunkt kommt im Titel eines Buches von dem verstorbenen Astrophysikers Peter Kafka zu Ausdruck:

Das Grundgesetz vom Aufstieg: Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt

Was geschieht denn, wenn die Anführer der Evolution ihre ganze Welt innerhalb ihrer eigenen Lebensspanne bis zur Unkenntlichkeit verändern? Dann entartet der Evolutionsprozeß in Zerstörung! Das Verfahren von »Versuch und Irrtum« funktioniert nicht mehr, weil wesentliche Zusammenhänge unberücksichtigt bleiben. Ein vermeintlicher Erfolg hat sich schon global ausgebreitet, bevor er als Irrtum erkannt wird. Nicht die lebensfähige Komplexität des Ganzen hat dann zugenommen, sondern nur die Kompliziertheit von Bruchstücken. Nun also schnell die Fehler korrigieren? Natürlich überall auf die gleiche Art, die als beste erkannt wurde? Wie dumm: Es war wieder nicht das Beste! (»Planung ersetzt den Zufall durch den Irrtum.«) Aber nun ist die Vielfalt erreichbarer Möglichkeiten schon eingeschränkt. Man braucht gar nicht mehr so viel zu probieren und kann sich daher noch schneller aufs weitere Fortschreiten einigen. Nur ist der Fortschritt kein Aufstieg mehr. Damit *Aufstieg* das Wahrscheinlichere wäre, müßten offenbar zwei Grundvoraussetzungen eingehalten werden, die in der bisherigen Geschichte der Evolution stets garantiert waren. Meist nenne ich sie schlagwortartig »Vielfalt und Gemächlichkeit«. Es ist uns gelungen, diese durch »Einfalt und Eile« zu ersetzen. Und das bedeutet Niedergang, ja Absturz im Raum der Möglichkeiten. War das ein dummer Zufall? Nein - es war logische Notwendigkeit. Zwar ist

28 Der Begriff Freiland ist vermutlich übernommen worden von Theodor Hertzka, der 1889 sein Buch „Freiland - Ein sociales Zukunftsbild“ vorgelegt hat.

das System des irdischen Lebens nicht »abgeschlossen« im Sinn des Entropiesatzes, doch zur Auslösung dieser Krise genügte es, daß die Erde rund ist. Der Evolution in einem räumlich endlichen System gelingt nämlich durch Beschleunigung der globalen Austauschprozesse unvermeidlich irgendwann die Verwirklichung derart effektiver Strukturen und »Sprachen«, daß die Wesen, die die Front im Raum der Möglichkeiten darstellen, innerhalb der eigenen Lebenszeit wesentliche Änderungen am Gesamtsystem bewirken. Dann werden alle »Problemlösungen« durch unvorhergesehene Problemerzeugung überholt. (S. 19)

... Die Entwurzelten trauen sich selbst keine Rettung zu. Sie versinken in immer tieferer rauschhafter Betäubung. Sie setzen alle Hoffnungen auf die Heilsversprechen politischer und wirtschaftlicher Machtcliquen, deren Macht eben dadurch entsteht und unaufhaltsam wächst, daß sich alle von ihnen abhängig machen lassen. Das hierfür notwendige »Opium fürs Volk« ist heute die Wissenschaft. Sie läßt sich benützen, um den Wahn zu erzeugen, die von ihr ausgegangene Zerstörung sei zu heilen, wenn wir nur endlich schneller mit raffinierteren Methoden tiefer an den Wurzeln angriffen. Doch auch die Einsicht in die Prinzipien evolutionärer Prozesse vom Urknall bis zur Wachstumskrise ist ein Ergebnis von Wissenschaft, und zwar ein vergleichsweise so einfaches, daß Hoffnung bleibt, ihre logischen Konsequenzen könnten sich im Bewußtsein vieler Menschen verankern lassen. Dann verschwände der Aberglaube an die größtenwahnsinnigen Weltverbesserer. ... (S. 20)

Gesells Vorstellung vom Recht jedes einzelnen Menschen auf die ganze Erde deckt sich mit den Menschenrechten. Die Idee der Wandlung der nationalen Außengrenzen zu reinen Verwaltungsgrenzen zu machen, die er an anderer Stelle äußert, kann nur gelingen, wenn die ökonomischen Ursachen für Kriege und Wanderungsbewegungen überwunden werden und die Staaten ihre sozialen Sicherungssysteme so gestalten, das der jeweils Fremde nicht auf die Idee kommt, dort zu ernten, wo er nicht gesät hat.²⁹ Wenn nämlich die Ursachen der Vertreibung verschwunden sind, wird der Hang der großen Mehrheit der Menschen zur Sesshaftigkeit zum Tragen kommen und die Wanderungsbewegungen zwischen den Gesellschaften werden sich auf ein Maß reduzieren, dass die Vielfalt in der Eigenentwicklung jeder Gesellschaft zu ihrem Optimum hin nicht mehr gestört wird.

Der Wunsch der Menschen unter sich zu bleiben, muss kein Rassismus oder Fremdenhass sein, sondern ist sicher häufig der Ausdruck des Bedürfnisses nach eigener Identität.³⁰ Der

²⁹ Diese Neigung der Menschen hat schon Adam Smith in „Der Wohlstand der Nationen“ beschrieben.

³⁰ Es wird ja auch gesagt, dass die AfD in den östlichen Bundesländern mehr Zuspruch erhalten habe als in den westlichen, weil die Lebensbedingungen immer noch nicht angeglichen seien. Ich sehe auch noch zwei weitere Möglichkeiten: a) Es gibt noch ehemalige DDR-Bürger, die immer noch nicht den Regiemewechsel akzeptiert haben und in der Wahl der Partei DIE LINKEN keinen Ausdruck ihres Protestes sehen.

b) In der DDR mussten sich die Bürger gefallen lassen, dass ihnen Vorgaben für ihr Denken und Urteilen gemacht wurden. Und kaum haben sie sich in die neuen Verhältnisse eingewöhnt passiert ihnen das erneut.

Wunsch nach Veränderung und Öffnung nach außen, muss – wenn daraus nicht große Konflikte entstehen sollen – von innen kommen, von den Bürgern, nicht von den Regierenden und dürfen nicht von außen aufgezwungen werden. Die Juden z.B. konnten ihre Identität so lange (auch ohne Staat) bewahren, weil sie nicht von den Gastgesellschaften abgesondert wurden, wie häufig gesagt wird, sondern weil sie sich abgesondert haben. Nicht nur Nahum Goldmann weist auf diesen Tatbestand hin:

Auch das Ghetto ist, wie viele Historiker behaupten, von den Juden freiwillig geschaffen worden. Die Ghettos von Venedig und anderen Städten wurden von den nichtjüdischen Autoritäten nur bestätigt und legalisiert. Die jüdische Sonderexistenz war für die Juden eine psychologische Notwendigkeit, um an ihrem Glauben als auserwähltes Volk festhalten zu können, was ihnen kaum hätte gelingen können, falls sie zerstreut inmitten der anderen Völker gelebt hätten. Hauptsächlich aus freiem Willen lebten also die Juden sozusagen am Rande der Weltgeschichte. Kriege, Revolutionen, Dynastiewechsel in der nichtjüdischen Welt interessierten sie nur vom Standpunkt ihrer Rückwirkung auf ihre eigene Situation. (Goldmann, a.a.O., Seite 18)

Auch bei den Flüchtlingen ist das Bedürfnis nach Identität wirksam. Sie kommen ja nicht zu uns, um gute Deutsche zu werden, sondern um der Bedrohung durch den Krieg zu entkommen oder an den Möglichkeiten des besseren Lebens teilzuhaben.³¹ Integration ist nicht Assimilation. Wenn wir Fremde in großer Zahl in unsere Gesellschaft / in Europa hereinlassen, dann müssen wir ihnen auch das Recht auf eine eigene Identität belassen. Das wäre auch kein Problem, wenn nicht die Zentralisten mit ihren Einheitslösungen bei uns so stark vertreten wären, die glauben, wir würden glücklich, wenn wir an der Spitze des Staates Kanzler und Minister hätten, die uns nach dem gleichen Maß von unseren Sorgen befreien. In Wirklichkeit wird der Mensch nicht durch eine gute Fremdversorgung glücklich, sondern dadurch, dass er sich selbst dauerhaft mit allem Bedarf für Leib und Geist versorgen kann. In der Startphase der grünen Partei wurde von den *Parlamenten der Betroffenen* gesprochen. Das heißt eben, dass die Betroffenen ihre Angelegenheiten selber erledigen und nicht eine ferne übergeordnete Institution, ein bürokratischer Apparat. Dieser Gedanke ist leider in den dann folgenden Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei untergegangen. Was damals

Ein Protest dagegen hat nicht viele Möglichkeiten, da nimmt man die AdF in Anspruch, als eine Möglichkeit, die beachtet wird. Wenn die AdF eine prägende Kraft unserer Gesellschaft würde, würden die gleichen Leute sicher gegen die AdF protestieren.

- 31 Das ist ein legitimes Bedürfnis, auch für den Teil der Familie, der im Herkunftsland verbleibt. In unserer Lebenssituation nach dem Krieg, waren junge Frauen froh, wenn sie in Großbritannien oder Skandinavien als Hausmädchen arbeiten konnten. Die Auswanderung wurde diskutiert und häufig vollzogen. Das Anheuern auf ein ausländisches Schiff galt vielfach als Glücksfall. Meinen Eltern wäre es recht gewesen, dass ich wie einer der Brüder meines Großvaters in die USA ausgewandert wäre, zum eigenen Wohl und um von dort aus die Familie zu unterstützen. Ein Schulkamerad von mir ist ausgewandert und war dann schnell wieder als GI in der BRD.

von den meisten Befürwortern der *Parlamente der Betroffenen* nicht bedacht wurde, war, dass solche Parlamente nur auf privatrechtlicher Ebene eingerichtet werden können. Das wesentliche Instrument eines solchen Verfahrens, seine Angelegenheiten zu regeln, ist dabei der Vertrag und der Handlungsrahmen bietet die Marktwirtschaft und nicht die Zentralverwaltungswirtschaft. (Man kann es bei der herrschenden Begriffsverwirrung nicht häufig genug sagen, Marktwirtschaft oder Verkehrswirtschaft ist ein dezentrales System zum Leistungsaustausch, Kapitalismus ist die Möglichkeit, aufgrund von Fehlern in der Wirtschaftsordnung ökonomische Renten und Zins zu Lasten des Arbeitseinkommens zu erwirtschaften. Die Rolle des Kapitalisten ist nicht identisch mit jener des Unternehmers und nicht an dieser Rolle gebunden. Das heißt, der Arbeitnehmer ist in der Regel auch Kapitalist, wenn auch im bescheidenen Rahmen. Und was die meisten „links“ orientierten Bürger übersehen, ist, dass die ZVW keine Befreiung von und kein Schutz gegen den Kapitalismus ist, sondern nur eine andere Form erzeugt.)

Ich habe noch fünf Punkte notiert, die ich abhandeln wollte. Diese nehme ich aber in verkürzter Form vor. Die Gründe: Ich habe ursprünglich 10 Seiten für meine Ausführungen angesteuert und habe schon die dreifache Seitenzahl überschritten. Mich plagt neuerdings eine Erkältung und es besteht die Gefahr, dass sie auf den restlichen Inhalt abfärbt. Und drittens ist es ja nicht gut, wenn ich schreibend „die Welt verbessern“ will und die Bedürfnisse der Familie unberücksichtigt lasse.

6. Entwicklung von IT (Digitalisierung) und Bildung

Im Wahlkampf war von allen Parteien zu hören, dass sie die Digitalisierung vorantreiben und in die Bildung investieren wollen. Die Digitalisierung soll Wachstum bringen. Diese These bringt nicht die Lösung, weil das Wachstum in einer endlichen Welt eben auch endlich ist. Das bedeutet nicht, dass es keine Länder gibt, in denen ein wirtschaftliches Wachstum nicht erforderlich wäre. Aber auch im Hinblick auf den Klimawandel müssen die entwickelten Länder sich bei Wachstum zurückhalten oder gar eine Schrumpfung hinnehmen, wenn die unterentwickelten Länder sich entwickeln können sollen. Heute geht man davon aus, dass die Entwicklung der Informationstechnologie eine Problemlösung für die Unterbeschäftigung ist. Das ist der gleiche Irrtum, den die Freidemokraten in den 70er Jahren hatten, als sie glaubten, mit mehr Energie könnten sie das Arbeitslosenproblem beheben.³² Die Informati-

³² Siehe meinen Denkkzettel zur Energiepolitik.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/149.1.Anhang.zu.Green.New.Deal.u.G20.HH.2007.pdf>

onstechnologie ist ein Werkzeug. Um die Landflucht zu stoppen, ist es wichtig, dass allen Teilnehmern der gleiche Zugang zu diesem Werkzeug ermöglicht wird. Für den internationalen friedlichen ökonomischen Wettbewerb ist ebenfalls ein gleicher Zugang zur Informationstechnologie erforderlich. Mit der IT lassen sich aber nicht die konjunkturpolitischen und verteilungspolitischen Probleme lösen. Hier müssen wir immer noch den eigenen Kopf anstrengen.

Die Bildung ist eine wichtige Sache, das kann ich beurteilen, weil ich so viele Bildungslücken habe. Aber wie die Aneignung von Bildung organisiert wird, entscheidet maßgeblich darüber, ob wir eine Gesellschaft der Freien oder der Untertanen sind oder bleiben wollen. In diesen Tagen wurde in den Radiomedien darauf hingewiesen, dass bei uns vor 300 Jahren der Schulzwang - der euphemistisch als Schulpflicht benannt wird – eingeführt wurde. Das Ziel war, brauchbare Untertanen und gute Christen heranzuziehen. Hat sich das Ziel wesentlich geändert? Nein! Heute will man brauchbare Arbeitnehmer und Bürger mit der „richtigen“ politische Gesinnung heranziehen. Ich nenne diese Bildungspolitik unserer Parteien - die sich in der Substanz nicht wesentlich unterscheidet - ihren heimlichen Faschismus, denn mehr oder weniger intensiv streben sie alle nach der Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Bürger. Auch schon der von mir benutzte Begriff *Bildungskommunismus* ist gerechtfertigt. In der Startzeit der Grünen waren diese Probleme in der Bewegung durchaus präsent. Bernhard Bartmann, ein Lehrer aus Bayern, der Kongresse zum Bildungsthema organisierte und anstrebte, wollte, dass im Grundgesetz sinngemäß hineingeschrieben wird „Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit“ in Deutschland. Bartmann scheiterte mit seiner Klage gegen den Schulzwang für seine Kinder vor dem Bundesverfassungsgericht unter Leitung von Roman Herzog ([5. April 1934](#) in [Landshut](#); † [10. Januar 2017](#))³³, einer unserer Ex-Präsidenten.

Ich habe schon in den 70er Jahren versucht, in dem Landesfachausschuss Bildung der F.D.P. Niedersachsen, Gedanken zu einem freiheitlichen Bildungssystem unterzubringen. Ich bin damit in einer Partei, die sich als freiheitlich versteht, gescheitert. Darin kommt kein böser Wille seitens der FDP-Mitglieder zum Ausdruck, sondern sie verdeutlicht nur ihre Sklavenrolle im Bildungskommunismus, die ihnen nicht bewusst ist. Einzelne Mitglieder gaben mir außerhalb der Sitzung zu verstehen, dass meine Gedanken revolutionär aber notwendig wären und ich möchte doch in jedem Fall durchhalten. Auf Spuren meiner Bemühungen ver-

³³ So ein Datum kann der nicht gleichgültig lesen, der am 21. Januar 1934 geboren wurde und dem eine starke Erkältung eine Vorstellung von der eigenen Endlichkeit vermittelt.

weise ich in der folgenden Fußnote.³⁴

7. Soziale Sicherungssysteme / Die Arbeit muss frei sein

Bei dem Versuch, zu diesem Thema etwas in Kurzform zu sagen, setze ich mich der Gefahr aus, missverstanden zu werden, weil das Denken in vorgegebenen Bahnen bei uns heute auch so verbreitet ist, wie in der untergegangenen DDR. Ich versuche es trotzdem:

- a) Unser derzeitiges soziales Sicherungssystem wird voll aus dem Arbeitsertrag finanziert und nicht aus dem Kapitalertrag und ist kein Mittel, um „Den Kapitalismus umzubiegen“ (Titel von Oswald von Nell-Breuning, 1990)
- b) Der Anteil der Kosten der Sozialversicherungen für die Arbeitnehmer, den die Arbeitgeber übernehmen müssen, sind nicht Ausdruck einer Wohltat, sondern Löhne, die steuerlich anders bewertet werden als der Hauptteil der Löhne.
- c) Die Höhe und der Zwang der Zahlungen der Arbeitnehmer in das soziale Zwangssystem macht die Arbeitnehmer zu wirtschaftlich Unmündigen der Sozialbürokratie und beraubt sie um einen wesentlichen Teil ihrer Gestaltungsfreiheit.
- d) Das soziale Sicherungssystem als kollektives Zwangssystem ist eine Manipulationsmasse der Sozialpolitiker und ein Einfallstor für Ansprüche ohne Vorleistung.
- e) Das jetzige soziale Sicherungssystem ist die hauptsächliche Ursache für die Konflikte zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
- f) Das jetzige System gebiert zusammen mit der Mehrwertsteuer die Schwarzarbeit. Um sie zu bekämpfen, muss ein als demokratisch und freiheitlich verstehender Staat Mittel einsetzen, die in totalitären Staaten üblich sind. Eine Gesellschaft in der die Arbeit nicht Gegenstand der freien Vereinbarung zwischen Anbieter und Nachfrager ist, ist in sich nicht frei. Der Staat muss seinen Finanzbedarf in der Abgabearbeit und in der Höhe so decken, dass er ohne Strafandrohung und -verfolgung auskommt.

8. Kirche / Religion und Staatsverständnis

Ich habe kürzlich den Vortrag „Das Projekt des Westens“ von Hans May, ehemals Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, angehört. Es ging um den „Zusammenhang von

34 Thesen zur grünen Bildungspolitik: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf> ab Seite 59

Die freie Berufsbildungsassoziation: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/3.0%20Freie%20Berufsbildungs-Assoziation%203.04.pdf>

Ich verweise noch auf Eckhard Behrens, auf einen Spezialisten für freie Bildung in der FDP
<http://www.ebehrens.de/lebenslauf.html>

Politik und Religion“ . Er berief sich dabei auf den Historiker Heinrich August Winkler. Hans May hat sein Anliegen sehr gut vorgetragen und ich bedauere, dass mir diese Redegabe nicht zur Verfügung steht. May bemühte sich nachzuweisen, dass die Trennung von Politik und Religion im Christentum angelegt sei. Mit Bezug auf einen islamischen Gelehrten oder Funktionär sagte er, dass dies im Islam nicht der Fall wäre, denn dort wäre Gott neben seiner Rolle als Gott gleichzeitig weltlicher Herrscher. Dass die Doppelrolle von weltlicher und religiöser Herrscher von der westlichen Politik nicht gesehen würde, wäre ein Fehler, soll der kundige Muslim gesagt haben.^{35 36} Hans May begründete die Trennung von Religion und Staat im Christentum mit dem ersten Gebot für Christen (Exodus / 2. Moses, Kapitel 20, Vers 1 der lutherischen Bibel). Es lautet:

Ich bin der HERR, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.

Und Matthäus 22

Denn viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt!

Da gingen die Pharisäer und hielten Rat, wie sie ihn in der Rede fangen könnten. Und sie sandten ihre Jünger samt den Herodianern zu ihm und sprachen: Meister, wir wissen, daß du wahrhaftig bist und den Weg Gottes in Wahrheit lehrst und auf niemand Rücksicht nimmst; denn du siehst die Person der Menschen nicht an.

Darum sage uns, was dünkt dich: Ist es erlaubt, dem Kaiser die Steuer zu geben, oder nicht? Als aber Jesus ihre Bosheit merkte, sprach er: Ihr Heuchler, was versucht ihr mich? Zeiget mir die Steuermünze! Da reichten sie ihm einen Denar. Und er spricht zu ihnen: Wessen ist das Bild und die Aufschrift? Sie sprachen zu ihm: Des Kaisers. Da spricht er zu ihnen: So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!

Ich will nicht die Unterschiede zwischen dem Staatsverständnis von Christen und Muslimen bestreiten, sondern nur zum Ausdruck bringen, dass das heutige Staatsverständnis der Christen bei uns sich nicht einfach aus der Bibel herleiten lässt. Und es gilt darauf hinzuweisen, dass die Vorstellung, dass ein Gott unmittelbare Herrscher über die Menschen in der Welt ist und damit die religiösen Gesetze die gleiche oder gar übergeordnete Bedeutung gegenüber den weltlichen haben, durchaus zu erheblichen Konflikten führen können. Dabei habe ich den Eindruck, dass das Verhältnis der christlichen Kirchen zur Gewaltenteilung schön geredet wird. Auch die Beweisführung scheint mir nicht schlüssig: Die Situation der Juden nach dem Auszug aus Ägypten mag besser gewesen sein als vorher. Aber ist der Unterschied zwi-

35 Mir ist auch ein Text eines kundigen islamischen Gelehrten zugesandt worden. Ich finde ihn aber nicht und kann daher seinen Namen nicht nennen. Im Vortrag habe ich den Namen als Schwerhöriger nicht verstanden.

36 Das ist mir aus dem Text, der mir vorgelegen hat, auch in Erinnerung. Ich füge zwei Links zum Thema ein: <https://www.onetz.de/auerbach-in-der-oberpfalz/politik/vergleich-von-islam-und-christentum-wenn-religion-zu-politik-wird-d1670823.html> http://www.kas.de/upload/pub/dokumente/Almanya_Info.pdf

schen der Unterwerfung unter einem Pharaon, der weltlicher Herrscher und gleichzeitig ein Gott ist, besser als die Unterwerfung unter einem abstrakten Gott und einem irdischen Herrscher, der sein Vertreter auf Erden ist, wirklich so groß? Und zur Geschichte mit der Münze (Gebt Gott, was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist.): Kann Jesus, wenn er tatsächlich gelebt hat und nicht nur eine philosophisch-religiöse Konstruktion war, nicht nur eine politisch kluge Antwort auf eine politische Falle von Gegnern - in Form einer Fragestellung - sein? Wie oft wurde die christliche Religion als ein Machtinstrument des Staates missbraucht und hat es nicht zeitweise eine Vereinigung der Herrschaft von Kirche und Staat gegeben? Ist die formale Trennung von Kirche und Staat nicht das Ergebnis vom Machtchwund der Kirchen. Und ist die formale Trennung von Kirche und Staat etwa eine reale? Sind die Kirchen nicht durch Privilegien, Subventionen, durch hauptamtliche Funktionäre und Laien mit dem Staat fast undurchschaubar verbandelt? Welcher Kandidat für ein bedeutendes öffentliches Amt wagt denn in seiner Bewerbung zu sagen, dass er ideell kirchenfern angesiedelt ist?

Ich argumentiere hier nicht gegen die Glaubensfreiheit und die Religionsausübung - solange sie nicht Rechte anderer verletzt, ist sie auch von dem Nichtgläubigen zu verteidigen -, sondern für mehr Ehrlichkeit des Klerus – der nach meinem Eindruck mehr Vertrauen in die Wirkungen der Kirchensteuer als in seinen Gott hat – und auf eine klare Trennung von Staat und Kirche. Dem wirklich Gläubigen wird das gefallen, denn er ist dann nicht mehr den Sticheleien der Un- und Andersgläubigen ausgesetzt. Die gebotene Toleranz gegenüber Religionen darf nicht ausschließen, dass da, wo Glaubenssätzen, die zur Gefahr für die Gesamtgemeinschaft werden können, mit einer rationalen Aufklärung entgegengewirkt wird.

Wir Menschen können - trotz Erklärungsversuche mit schwarzen Löchern - nur ganz begrenzt vom Ursprung und Ziel der Schöpfung und den Erscheinungen, die wir mit unseren Sinnen wahrnehmen, etwas wissen. Wir sind praktisch zum Glauben gezwungen, der eine primitive Annahme oder eine hochgeistige Spekulation sein kann. Der Gläubige darf den Ungläubigen wegen seiner Ungläubigkeit kritisieren, so wie der Ungläubige den Glaubenden wegen seiner Glaubensinhalte kritisieren darf. Wichtig wäre für alle Menschen, dass die Religionsgemeinschaften ehrlich sind, ihre Glaubensinhalte glaubwürdig vertreten und nicht an Glaubensinhalten festhalten, wo das wissende Erkennen möglich ist. Denn, wenn man von einem Schöpfergott ausgeht, dann hat der den Menschen die Glaubens- und Erkenntnisfähig-

keit gleicher Maßen gegeben. In säkularen Gesellschaften müssen Gläubige sich zu den allgemeinen Menschenrechten bekennen können, auch wenn ihre Religion mit diesen kollidiert. Wenn sie aber ihrer Religion, die die allgemeinen Menschenrechte nicht respektiert, den Vorrang geben, dann sind sie als Feinde der Gesellschaft zu sehen, in die sie aufgenommen werden wollen. Das ist den Menschen außerhalb Europas schon klar zu machen, bevor sie den Gedanken entwickeln, in Europa einen Platz zu finden, wo sie künftig leben möchten.

Ideen – auch solche vom Gott oder Göttern – haben in sich den Drang nach Weltgeltung. Der große Unterschied zwischen totalitären³⁷ und liberalen Ideen ist, dass die ersteren ein Fühlen und Denken aller Menschen im Gleichschritt anstreben und die der zweiten Art jedem Menschen das Recht auf eigene Deutung der Welt ermöglichen wollen.

9. Euro und Europa

Im Titel dieses Textes ist von Deutschland und Europa die Rede. Im Text selber kommt Europa fast nicht vor. Das liegt nicht daran, dass mir Europa nicht am Herzen liegt, sondern daran, dass Europas eingeschlagener Weg zum Zentralismus, der zu seinem Untergang führt, durch die eine Entscheidung für den dezentralen Weg, der den Völkern Zeit lässt, ihre alte Identität in eine neue zu wandeln, in der ihr Anderssein nicht völlig untergeht. Die Beschreibung des dezentralen Weges Europas in ein Jahrtausendhoch seiner Entwicklung ergibt sich von selbst, wenn die einzelnen Nationalstaaten selber die Möglichkeiten der Gestaltung Europas solange durchbuchstabieren, bis alle den Vorteil des Zusammenschlusses für sich ohne Ausbeutung der jeweils anderen Staaten gefunden haben.

Die Fehlleistungen der westlichen Demokratien und besonders der Deutschen, die in den Nationalsozialismus und den Weltkrieg führten und verursachten, dass wir heute das alte Mitteldeutschland als Ostdeutschland bezeichnen müssen, ist Geschichte. Dass aber nach dem Zweiten Weltkrieg und in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts von deutschen und europäischen Politikern keine Korrektur der gemachten Fehler vorgenommen wurde, ist eine Schande, die zu neuen Zerwürfnissen geführt hat und weiter führen wird.

Der Euro hätte eine Währung des Friedens und des allgemeinen Wohlstandes werden können, wenn die Einführung erstens mit mehr Sachverstand und zweiten nicht in der Eile, die

³⁷ Auch in „Ich bin der HERR, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ steckt dieser Totalitätsanspruch.

aus der Angst , den Zug zu verpassen, geboren wurde, eingeführt worden wäre. Das Schlimme ist, dass jene, die in der Politik über den Weg Europas bestimmen, nicht wissen, worauf es beim Euro ankommt. Zum Beispiel gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Kaufkraftbeständigkeit des Euros und der Verschuldung von Staaten. Das heißt, der Euro, wenn er nach logischen Regeln installiert wird, wird nicht instabil, wenn ein Staat, der am Eurosystem beteiligt ist, den Konkurs anmelden muss. Wie viel friedlicher wäre die Entwicklung in Europa gewesen, wenn nicht ständig der Zank um die Schulden – bis zur Entmündigung der Schuldner – und das Bemühen der wirtschaftlich schlechtstehenden Staaten gewesen wäre, die besser dastehenden Staaten zwangsweise zu Bürgen zu machen. Den Euro hätte man unter bestimmten Bedingungen neben den nationalen Währungen einführen können, was viel schneller auch zu einer von den Bürgern Europas gefühlten Einheit geführt hätte. Aber all die Gedanken, die es dazu gibt, konnten den Schutzwall aus Ignoranz, mit dem sich die Politik und auch unsere Wissenschaftler umgeben hat, nicht durchdringen. Ich selber bin in der Angelegenheit ein unbedeutender Akteur, aber einer der sich nach seinen Möglichkeiten bemüht. Es ist hier nicht der richtige Platz, um eine bessere Ökonomie-Theorie vorzustellen, aber wer sich aber einen Eindruck von der Zähflüssigkeit der Aufnahme neuer oder besserer Vorschläge in der Politik machen will, schlagen einfach mal alte und neuere Texte von mir unter www.tristan-abomeit.de auf. Ich füge hier zwei Links zu je einem Text ein:

ARBEITSLOSIGKEIT - URSACHEN – WIRKUNGEN – LÖSUNGEN-
Und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung, 1977
<http://www.tristan-abomeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf>

- 5.0  [Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik](#) (44 Seiten, 248 KB)
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat - *Oktober 1989*
- 5.1 [Anlage 1: !\[\]\(a656aedd4d9b4fdac0c59094c3c96dc9_img.jpg\) Die Giralgeld Diskussion in der Zeitschrift DDW](#), 1989 (29 Seiten, 3700 KB)
- 5.2 [Anlage 2: !\[\]\(181bb3938c95941dc856ae02670e679f_img.jpg\) Literaturhinweise zum Thema Geld / Thema Bargeld / weitere Geldthemen](#) (35 S., 294 KB)
- 5.3 [Anlage 3: !\[\]\(91a5b0712bb0b3f831ad65e3b56467fd_img.jpg\) Lexikastichworte: Silvio Gesell von Prof. Popescu und Prof. Stützel](#)
In Memoriam von Prof. Hahn (13 Seiten, 151 KB)
- 5.4 [Anlage 4: !\[\]\(c9dd52bd9dd88cc1ac3d781ac5073d8a_img.jpg\) SG-Kommentare zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen](#) Nr. 9 / 1977 (15 S., 146 KB)
- 5.5  [Glasnost ... Die Korrespondenz](#) (25 Seiten, 132 KB)

<http://www.tristan-abomeit.de/pdf/5.0%20Glasnost%20BB%20Haupttext.pdf>

Über die Voraussetzungen der sinnvollen Gestaltung der Ökonomie, einschließlich der Währung, ist schon viel geschrieben worden, auch Widersprüchliches und Unsinniges. Wenn die Politik sich entschließen könnte, die Ökonomen nur noch nach der Brauchbarkeit ihrer Analysen und Gutachten zu honorieren, dann würden ihnen Beine gemacht werden und die Ergebnisse würden besser. Ich halte die forschenden und lehrenden Menschen in den Ökonomie-Tempeln allgemein für kluge, ernsthafte und anständige Leute und doch scheinen sie für den Frieden in Europa und der Welt gefährlicher als die Hassprediger in den Moscheen, weil die negativen Wirkungen ihrer Fehler größer sind als der Hass, der andernorts gepredigt wird.

Neulich erhielt ich ein E-Mail, aus dem hervorging, dass sich die Opposition gegen die Neoliberalismus (Chicagoer Prägung) mehrt. Wenn die Aufarbeitung wissenschaftlich erfolgen soll, wie dort stand, ist das eine gute Nachricht, denn bisher äußert sich die Kritik von links nur in der primitiven Form, wie einst der Antikommunismus von rechts. Keiner von den zur Zeit Lebenden ist so klug und gedanklich so kreativ, dass er ohne Vor-uns-denker auskommt. Wir sind aber nicht Sklaven unserer Vordenker. Wir müssen prüfen, ob sie uns Brauchbares überlassen haben. Wer hier in einem Anti-Neoliberalismus hängen bleibt, ist weder politisch klug, noch hat er den Auftrag der Wissenschaft von der Ökonomie verstanden – sagt einer, der nur von ihr angehaucht wurde und durch das Sieb für politische Bedeutung gefallen ist.

10. Brexit und AfD

Der Austritt von Groß Britannien aus der Europäischen Union hat etwas Gutes an sich, weil er ein Stopp-Signal auf dem Weg in den Bürokratismus und der Entmündigung der Europäer und der Regionen ist. Da aber die Politik in den europäischen Institutionen geprägt ist von den staatlichen Interventionen nach Tageseinfall, haben die vom Interventionismus geprägten Akteure in den nationalen Regierungen und Parlamenten das Signal offensichtlich falsch verstanden und man glaubt wohl, der Fehler läge darin, dass man in der Politik des Interventionismus nicht konsequent genug war. Daraufhin deuten jedenfalls die Pläne von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron. Der Tagesspiegel meldet am 7.09.2017 in einem Artikel von Albrecht Meier:

Grundsatzrede des französischen Präsidenten Welche Pläne Macron für die EU hat

Bei seiner Grundsatzrede in der Sorbonne hat Frankreichs Staatschef Macron zum Teil weit reichende Vorschläge zur Zukunft der EU gemacht. Wie realistisch sind sie?

Ein ganzes Feuerwerk an Ideen zur Zukunft der EU hat Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron am Dienstag bei seiner [Grundsatzrede in der Pariser Sorbonne-Universität](#) gezündet. Ähnlich wie im französischen Präsidentschaftswahlkampf geht es Macron auch auf EU-Ebene darum, die Debatte um die Europäische Union nicht allein den Kritikern zu überlassen. Macrons Vorschläge reichen dabei von kurzfristigen Zielen wie der Schaffung einer europäischen Asylbehörde bis zu einem Komplett-Umbau der EU. Haben sie eine Chance auf Verwirklichung? Eine Übersicht.

Euro-Zonen-Haushalt

Zum wiederholten Mal forderte Macron einen eigenen Haushalt für die Euro-Zone, aus dem zusätzliche Investitionen und Gelder zur Stabilisierung angeschlagener Mitgliedstaaten der Währungsunion fließen sollen. Das neue Budget soll nach Macrons Vorstellungen langfristig aus Steuereinnahmen, etwa einer harmonisierten Unternehmenssteuer, finanziert werden. Eine Größenordnung für den Etat nannte er am Dienstag nicht – nicht zuletzt mit Rücksicht auf Deutschland, wo vor allem die [FDP](#) und die [CSU](#) ein Euro-Zonen-Budget ablehnen. Nach der Ansicht des Präsidenten des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, würde weder ein Euro-Budget noch die Schaffung des Amtes eines europäischen Finanzministers, das Macron ebenfalls vorschwebt, die Probleme der Euro-Zone lösen. „Wichtiger wäre es, für mehr Stabilität des Finanzsektors zu sorgen und Haftung und Kontrolle in der Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder besser in Übereinstimmung zu bringen“, meint der Ökonom. Nach seinen Worten ist Macrons Rede letztlich eine Einladung an Deutschland zu einem Brainstorming über die Zukunft Europas. „Deutschland sollte diese Einladung nicht zurückweisen“, so Fuest.

(Die weiteren Abschnitte sind: Neugründung Europas, Gemeinsames Verteidigungsbudget, Deutsch-französischer Markt und Europäische Asylbehörde)

Dazu ist zu sagen:

- a) Ich habe keine Zahlen aus vertieften Meinungsumfragen vorliegen. Ich vermute aber, dass die Euro-Kritiker, die sich Sorge um das Vereinigungsprojekt Europa machen, weil sie sehen, dass die praktizierte Politik die Idee Europa zu etwas formt, was die Menschen nicht wollen, zahlenmäßig stärker sind, als die Kritiker, die zurückwollen, zu den „sauber getrennten“ Staaten.
- b) Das Gesprächsangebot des französischen Präsidenten Macron sollten alle Europäer annehmen. Das Problem dabei ist nur, wenn nur Menschen aus dem Kreis zusammen kommen,

die die bisherige Politik vertreten haben, kommt dabei nichts Besseres heraus. Wie bei einer Verfassungsfindung in den einzelnen Staaten müssten auch hier einmal die Möglichkeiten der Gestaltung Europas erarbeitet werden und diese Aufgabe kann man nicht den Zentralisten alleine überlassen, weil dann schon freiheitliche Lösungen auf der Strecke bleiben. Frankreich darf gerne der Gastgeber für einen Konvent zur Findung eines besseren europäischen Vereinigungsplanes sein, aber die Eingeladenen dürfen nicht nur aus der Politikerkaste rekrutiert werden, sondern sie müssen die Gesamtheit der Ideenwelt Europas widerspiegeln.

c) Was der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, sagt, stimmt ja. Er vergisst nur zu sagen, dass die Ökonomen, die bei uns die Wirtschaftswissenschaft repräsentieren, die Stabilität im Finanzsektor dadurch mitbehindert haben, weil sie sich in der Vermittlung von ökonomischem Wissen zu sehr auf ihren Geschmack oder Vorlieben eingeschränkt haben. Die Ökonomen waren wenigstens in partiellen Bereichen blinde Blindenführer.

Zur AfD habe ich nicht viel zu sagen. Ich würde sie nicht wählen und schon lange nicht ihr Mitglied werden und doch finde ich es gut, dass sie als *Warnschuss vor dem Bug der anderen Parteien* in den Bundestag eingezogen ist. Bei dem Geschrei, das die „staatstragenden“ Parteien anstellen, sollten besonders die Grünen erinnert werden, was für ein Geschrei sich erhob, als die Grünen in die Parlamente eingezogen sind. Die Abgeordneten sollten sich durch die Pressereferenten einmal die Berichte von damals zu den Grünen zum Vergleich mit den heutigen Berichten zur AfD vorlegen lassen. Ich kann auch nicht erkennen, ob die Sorge der Politiker um unsere Demokratie aufgrund des Wahlerfolges der AfD dem Wohlergehen der Republik gilt oder ihrem schrumpfendem politischen Einfluss. Jedenfalls ist es ein antidemokratischer Akt, den Wählerwillen nur dann zu akzeptieren, wenn er eine Zustimmung zur eigenen Partei ist. Übersehen wird hier, dass die großen Wahlhelfer die Parteien sind, die bisher den Bundestag gefüllt haben. Die Wähler, die mit der von ihnen finanzierten Propaganda jetzt als Demokraten zweiter Klasse hingestellt werden, werden mit dieser Methode nicht weniger werden.

Ich schätze, dass es heute, ein Teil der politischen Szene zu sein, mehr Frust als Lust bringt und sich die einzelnen Abgeordneten eher ohnmächtig als mächtig fühlen. Die Situation der Mitglieder des Bundestages verdient eher Mitleid als Ablehnung. Und doch erscheint offensichtlich vielen Bürgern der Bundestag und die Bundesregierung als eine nicht einnehmbare Doppel-Festung, in der ihr subjektiver und objektiver Mangel an Lebenslust und freudiger

Zustimmung erzeugt wird. Die herkömmlichen Parteien bildeten dabei wie einen Palisadenzaun der Abschottung – trotz formaler Offenheit - gegen die Außenwelt. (Das heißt, die nicht in Parteien organisierten Bürger sind von der Mitwirkung an der politischen Willensbildung ausgeschlossen.) Ist es da verwunderlich, dass es da ein Potenzial an Wählern gibt, die sich über die Gründung einer Partei freuen, die verspricht, den Verteidigungsring zu sprengen? Als die Grünen³⁸, DIE GRÜNEN und vorher die grünen Listen gebildet wurden, herrschte in der grünen Bewegung eine beachtliche Skepsis, ob eine Partei überhaupt die grünen Anliegen in das gesellschaftliche Bewusstsein verankern könnte. Die Zustimmung zur Gründung der GRÜNEN wurde auch dadurch, dass ein Einzug in die Parlamente eine Möglichkeit bot, die Informationen und Ideen ins Volk zu tragen, die von dem bis dahin bestehenden Parteienkartell nicht beachtet oder gezielt unterdrückt wurden. Dass dieser Traum sich nicht erfüllt hat, ist Teil der Geschichte der GRÜNEN.

Für mich ist die AfD nicht wählbar, aber weil ich nicht immer ein kleines Übel wählen wollte und will – denn in der Summe ergibt das auch ein großes Übel – habe ich die Wahlmöglichkeit schon länger nicht mehr genutzt. Zu Zeiten, als ich noch ein eifriger Wähler war, habe den Spruch von Bertolt Brecht „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.“ zurückgewiesen oder nicht verstanden. Heute weiß ich, was gemeint war. (Nehme ich jedenfalls an.)

Das Schlusswort: Wenn ein Abgeordneter oder ein anderer Leser, der sich von dem Text angesprochen fühlte, meine Denkschrift als anmaßend empfindet, dann hat er mich auf seiner Seite. Ich kann zur Verteidigung nur sagen, ich wehre mich mit dieser Anmaßung nur gegen die Anmaßung der Politikvertreter gegenüber den Bürgern. Hinzu kommt, dass man manchmal den Mut haben muss, um das auszusprechen oder zu schreiben, was man wirklich denkt. Unsere Republik erstickt an den nicht gesprochenen Worten und ersäuft an den überflüssigen, die immer das x-mal Gesagte wiederkauen. Meine Anstrengung galt dem Bemühen, einen kleinen Beitrag zu der notwendigen Diskussion über den Zustand und den Weg unserer Republik mit einem brauchbaren Text beizusteuern. Ob dieser Text den Abgeordneten³⁹, die mit ihrer Wahl die Verpflichtung übernommen haben, sich um das Wohl der Menschen in unserer Republik zu kümmern, eine Anregung oder Hilfe ist, kann ich nicht beurteilen. Mein

38 Das war die SPV (Sonstige Politische Vereinigung).

39 Ich habe nicht übersehen oder vergessen, dass es Abgeordnete und Minister auch in der weiblichen Ausgabe gib.

Risiko ist, dass ich zu den Produzenten der überflüssigen Worte gezählt werde. Ich würde eine solche Einstufung mit Fassung ertragen. TA

N.S.1) Am 3. Oktober, dem Tag der Einheit, lief abends bei uns im Wohnzimmer der Fernsehfilm „Willkommen bei den Honeckers“. Ich habe mich dazu gesetzt, ohne vorher ins Programm zu schauen. Ich habe mich auf halber Länge aus dem Zimmer entfernt, weil ich den Film vom Thema her gesehen (also nicht von der Schauspielerleistung) widerlich fand. Bin ich etwa ein Honecker-Freund? Gewiss nicht! Ich hätte vermutlich lange Zeit in Bautzen oder Sibirien verbracht wie Freude im Geiste von mir. Ich habe gedacht, da wird dauernd von der Menschenwürde gesprochen und am Tag der Einheit, der ein Festtag für Ost und West sein soll und eine Aussöhnung über unterschiedliche Lebensläufe in Ost und West, wird ein Politiker der DDR gelinkt und lächerlich gemacht. Auf einem Menschen, der am Boden liegt, wird herumgetrampelt. Steht einem gescheiterten Staatsmann, der ein Freiheitsfeind war und durch seine Befehle zum Mörder wurde, keine Menschenwürde mehr zu? Sollen so die Menschen im Osten, die zu den Verlierern der Vereinigung gehören, Freunde der vereinigten Republiken werden?

Helmut Kohl hat dem Grenzschutz an der Mauer keine Schießbefehle gegeben (oder doch?), aber hat seine Politik weniger Tote zur Folge gehabt? Man muss nur die Toten zusammenzählen, die durch die genehmigten Rüstungsexporte zustande kamen. Und war die Politik in seiner Regierungszeit wirklich eine Politik, die Hunger und Kriege in der Welt vermeiden half? Was hätte es für einen Aufschrei gegeben, wenn am 3. Oktober darüber ein Film wie über Honecker gesendet worden wäre?

Und weiter habe ich gedacht: Wenn so Medienberichte entstehen, sollte man die betreffenden Journalisten zum Teufel jagen oder genauso bloßstellen.

N.S. 2 Ich gehöre heute keiner Partei und keinem Verein mehr an. Ich spreche also nur für mich. Für die, die ich neugierig machen konnte, gebe ich noch ein paar Literaturhinweise und einen Veranstaltungshinweis und Kontakt-Links zu Gruppen, die zu dem Thema Soziale Marktwirtschaft / Natürliche Wirtschaftsordnung arbeiten. Die Aufzählung bildet keine Rangfolge und enthält keine Wertung. Es wäre gut, wenn ich eine Linkliste zur Verfügung hätte. Die habe ich aber nicht. Daher nur eine kleine Auswahl.

Archiv für Geld und Bodenreform:

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/>

Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung: www.inwo.de 1. Vorstand: Prof. Dr. Felix Fuders

Seminar für freiheitliche Ordnung: www.sffo.de

Neues Geld gemeinnützige GmbH: : www.lust-auf-neues-geld.de / www.nwo.de

Reichliches Material vom Autor Helmut Creutz „Das Geldsyndrom“ www.helmut-creutz.de

Spezialisten für das Bodenthema: Fritz Andres (Jurist und Ex-Unternehmer) vom Seminar für freiheitliche Ordnung und Professor Dr. Dirk Löhr.<http://www.dirk-loehr.de/>

Spezialist für ein freies Bildungswesen Eckhard Behrens, Jurist und Volkswirt, SffO, FDP,

<http://ebehrens.de/> <http://www.ebehrens.de/lebenslauf.html>

Veranstaltungs- und Buchhinweis nächste Seite.

Zeitschriften:

Humane Wirtschaft <http://humane-wirtschaft.de/>

Zeitschrift für Sozialökonomie

http://www.sozialoekonomie.info/Zeitschrift_fur_Sozialoekonomie/zeitschrift_fur_sozialoekonomie.html

Fairconomy <http://www.inwo.de/>

Fragen der Freiheit www.sffo.de

Alternative – Dritter Weg sind Blätter, die der inzwischen 89jährige Georg Otto, 1. Initiator der Liste Umweltschutz in Niedersachsen in unregelmäßigen Abständen herausgibt. Er ist inzwischen bei der Ausgabe 83 angekommen. https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto

Kontakt: alternative-dritter-weg@web.de

oooooooooooooooooooo

Liebe Leserinnen und Leser dieser Rundmail,

inzwischen haben wir das Programm unserer **60. Mündener Gespräche** zum Thema

"Bodenreform und Staatsfinanzierung" sowie das Anmeldeformular ins Internet gestellt:

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

Hier auch der direkte Weg zum Anmeldeformular: <https://goo.gl/4TcQF4>

Auf Ihre Anmeldungen und Ihr Mitdiskutieren während der Tagung freuen wir uns sehr.

Genau zum richtigen Zeitpunkt vor unserer Tagung gibt es noch eine schöne Nachricht. Das dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) nahestehende Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans Böckler-Stiftung setzt sich in einer neuen Studie von Gustav Horn u.a.

"Was tun gegen die Ungleichheit? - Wirtschaftspolitische Vorschläge für eine reduzierte Ungleichheit", IMK-Report 129/2017, für einen Umbau der bisherigen Grundsteuer in eine "reine Bodenwertsteuer" ein. Hier der Link zur Studie:

https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_129_2017.pdf (S. 17 - 18).

Die Böckler-Stiftung unterstützt also das zentrale Anliegen, für das Prof. Dr. Dirk Löhr, Dr. Ulrich Kriese und andere sich in der Initiative "Grundsteuer: Zeitgemäß!" www.grundsteuerreform.net einsetzen.

In Kürze wird auch im Marburger "Metropolis Verlag" die lange vergriffene deutsche Übersetzung des Grundlagenwerks der Bodenreform mit einem Kommentar von Prof. Löhr neu erscheinen:

Henry George "Fortschritt und Armut". Nähere Informationen zu diesem Buch finden Sie hier:

<http://www.metropolis-verlag.de/Fortschritt-und-Armut/1249/book.do;jsessionid=22B2AF0D830D9CA1D58CAD5F4E43A839>

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen für die Herbstzeit

Werner Onken